



Anlage zu dem Beschluss BK7-06-067 vom 20. August 2007

Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas (GeLi Gas 2.0)

Konsolidierte Lesefassung

Graue Markierung =
Inhalte aus den bisherigen Tabellen/Graphiken in Textform wortlautgetreu oder
adaptiert übernommen

Inhaltsverzeichnis

A. Rahmen der Geschäftsprozesse	5
1. Gegenstand der Anlage	5
2. Definitionen/Begriffserläuterungen	6
3. Marktlokation, Messlokation und Zuordnungen	6
4. Datenaustausch, Datenformate und Nachrichtentypen	8
5. Identifizierung einer Marktlokation	9
6. Vollmachten	10
7. Fristenberechnung	10
8. Stornierung und Rückabwicklung	11
9. Kurzbeschreibung der Geschäftsprozesse	11
B. Geschäftsprozesse beim Wechsel des Lieferanten aufgrund Vertrag	13
1. Prozess Kündigung	13
1.1. Kurzbeschreibung	13
1.2. Detaillierte Beschreibung	13
2. Prozesse „Lieferende“, „Lieferbeginn“	14
2.1. Grundregeln	14
2.2. Prozess „Lieferende“	15
2.2.1. Kurzbeschreibung	15
2.2.2. Detaillierte Beschreibung	15
2.3. Prozess „Lieferbeginn“	15
2.3.1. Kurzbeschreibung	15
2.3.2. Detaillierte Beschreibung	16
C. Geschäftsprozesse beim Wechsel des Lieferanten aufgrund Gesetz	18
1. Allgemeines	18
2. Prozess „Beginn der Ersatz-/ Grundversorgung“	19
2.1. Kurzbeschreibung	19
2.2. Detaillierte Beschreibung	19
D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten	21
1. Prozess „Anforderung und Weiterleitung von Messwerten“	21
1.1. Allgemeines zur Erhebung, Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten	21
1.1.1. Erhebung von Messwerten	21

1.1.2.	Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten	22
1.1.3.	Bestimmung des Ableseturnus im Verhältnis Netzbetreiber – Lieferant	22
1.1.4.	Bestimmung des Ableseturnus im Verhältnis MSB - NB (bei Messeinrichtungen)	23
1.2.	Messwertübermittlung	23
1.2.1.	Übermittlungskonstellationen	23
1.2.2.	Erforderliche Messwerte, die vom Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber zu übermitteln sind	24
1.2.3.	Kurzbeschreibung Prozess Weiterleitung von Messwerten	26
1.2.4.	Erforderliche Messwerte, die vom Netzbetreiber an den Lieferanten zu übermitteln sind	27
1.3.	Anforderung von Brennwert und Zustandszahl	28
2.	Prozess „Stammdatenänderung“	29
2.1.	Kurzbeschreibung	29
2.2.	Detaillierte Beschreibung Stammdatenänderung	29
2.3.	Anfrage zur Stammdatenänderung	30
3.	Prozess „Geschäftsdatenanfrage“	32
3.1.	Kurzbeschreibung	32
3.2.	Detaillierte Beschreibung	32
4.	Prozess „Netznutzungsabrechnung“	33
4.1.	Kurzbeschreibung	33
4.2.	Detaillierte Beschreibung	33
5.	Grundsätze der Mengenzuordnung („Asynchronmodell zwischen Bilanzierung und Netznutzung“)	35

Abkürzungsverzeichnis

AF	Anfragender
AG	Angefragter
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V.
E	Ersatzversorger
E/G	Ersatz- / Grundversorger
gMSB	Grundzuständiger Messstellenbetreiber
LF	Lieferant
LFA	Lieferant alt
LFN	Lieferant neu
LV	Letztverbraucher
MSB	Messstellenbetreiber
NB	Netzbetreiber
RLM	Registrierende Leistungsmessung
SLP	Standardlastprofil
TAF	Tarifstufe
WT	Werktag

A. Rahmen der Geschäftsprozesse

1. Gegenstand der Anlage

Im Folgenden werden die zentralen Prozesse und der zugehörige elektronische Datenaustausch im Zusammenhang mit dem Lieferantenwechsel bei der leitungsgebundenen Versorgung mit Gas beschrieben. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Geschäftsprozesse:

- Prozesse beim Wechsel des Lieferanten aufgrund vertraglicher Lieferbeziehungen:
 - Kündigung,
 - Lieferende,
 - Lieferbeginn,
- Prozesse beim Wechsel des Lieferanten aufgrund gesetzlicher Lieferbeziehungen:
 - Beginn der Ersatz-/Grundversorgung,
 - Ende der Ersatzversorgung,
- Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten:
 - Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten,
 - Stammdatenänderung,
 - Geschäftsdatenanfrage,
 - Netznutzungsabrechnung,
 - Grundsätze der Mengenzuordnung.

Die Prozesse sind für alle Letztverbraucher – also sowohl für Lastprofilkunden als auch für Letztverbraucher mit registrierender Leistungsmessung – anzuwenden.

Die im Rahmen der Prozesse dieser Anlage genannten Bearbeitungsfristen der Marktteilnehmer sind Höchstfristen, die sich am maximalen Arbeitsaufwand für den jeweiligen Prozessschritt orientieren. Diese Fristen sind nur bei entsprechendem Arbeitsanfall auszu schöpfen. Die Bearbeitungszeit sollte insbesondere im Zuge zunehmender Automatisierung sowie Optimierung der abzuwickelnden Prozesse weiter verringert werden.

Den Darstellungen in dieser Prozessbeschreibung liegt der Fall zugrunde, dass der Letztverbraucher mit seinem Lieferanten in einem vertraglichen oder gesetzlichen Schuldverhältnis steht, das den Lieferanten dazu verpflichtet, den Transport des Gases zu der Marktllokation des Letztverbrauchers zu gewährleisten. Der Lieferant nimmt daher die Aktivitäten dieser Prozessbeschreibung in seiner Rolle als (bisheriger, aktueller oder künftiger) Transportkunde für die Marktllokation des Letztverbrauchers wahr.

Ist der Letztverbraucher selbst Transportkunde, so tritt er in die Rolle des Lieferanten im Sinne dieser Prozessbeschreibung, soweit diese Regelungen sinngemäß auf ihn anwendbar sind. Ausnahme bildet die Meldung des Lieferanten im Rahmen des Lieferantenwechsels. Will der Kunde die mit der Rolle des Transportkunden verbundenen Aktivitäten nicht selbst wahrnehmen, kann er diese vollständig auf seinen Lieferanten übertragen. Die Verantwortlichkeit des Transportkunden für die Erfüllung dieser Aufgaben bleibt davon unberührt.

Die hier abgebildeten Prozesse sind allgemein gültig. Zwischen den Beteiligten können weitere Regelungen zu Prozessen getroffen werden, soweit sie nicht im Widerspruch zu dieser Anlage stehen und Dritte nicht diskriminiert werden.

2. Definitionen/Begriffserläuterungen

Den Prozessen liegen die folgenden Definitionen zugrunde. Im Übrigen gelten die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Definitionen.

Ableseturnus	Der zeitliche Abstand zwischen den einzelnen Turnusablesungen, nicht jedoch die konkreten Ablesetermine selbst.
Gastag	Der Gastag beginnt um 06.00 Uhr und endet um 06.00 Uhr des folgenden Tages, § 23 Abs. 1 Satz 2 GasNZV.
Lieferant	Personen oder Personenvereinigungen, deren Geschäftstätigkeit auch auf den Vertrieb von Gas an Letztverbraucher gerichtet ist.
Messeinrichtung	<p>Ein Messgerät, das allein oder in Verbindung mit anderen Messgeräten für die Gewinnung eines oder mehrerer Messwerte eingesetzt wird.</p> <p>Messeinrichtungen im Gassektor sind begrifflich nicht dem Bereich der intelligenten Messsysteme oder der modernen Messeinrichtungen i.S.d. Messstellenbetriebsgesetzes zuzuordnen, da es sich bei diesen nach der jeweiligen Legaldefinition stets um Messgeräte zur Erfassung von elektrischer Energie handeln muss.</p>
Messwerte	Abrechnungs- oder bilanzierungsrelevante Daten. Hierzu gehören z.B. Anfangs- und Endzählerstände, Ersatzwerte, Brennwert, Zustandszahl des Gases und Energiemenge. Ebenfalls hierzu gehören weitere Daten, deren Übertragung bilateral vereinbart wird. Keine Messwerte sind bloße Fehlermeldungen oder offensichtlich fehlerhafte Daten.
Werktage	Abweichend von der Definition in § 2 Nr. 15 GasNZV sind im Folgenden unter Werktagen für die Fristenregelung alle Tage zu verstehen, die kein Sonnabend, Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sind. Wenn in einem Bundesland ein Tag als Feiertag ausgewiesen wird, gilt dieser Tag bundesweit als Feiertag. Der 24.12. und der 31.12. eines jeden Jahres gelten als Feiertage.

3. Marktlokation, Messlokation und Zuordnungen

Für die Institute der Entnahmestelle, des Zählpunktes sowie der Messstelle gelten die Begrifflichkeiten der Marktlokation sowie der Messlokation als eingeführt. Ziel dieser Begrifflichkeiten ist es, ein einheitliches Verständnis der prozessrelevanten Institute zu erhalten. Die Marktlokation stellt in diesem Zusammenhang stets die kaufmännisch-bilanzielle Größe, die Messlokation eine technische Größe dar.

a. Marktlokation

Marktlokation ist jede Entnahmestelle i.S.d. § 41 GasNZV und damit ein Ausspeisepunkt an einem Gasversorgungsnetz mit einer oder mehreren Messeinrichtungen, über die Gas aus einem Gasversorgungsnetz physisch entnommen werden kann. Jede Marktlokation wird durch einen Zählpunkt i.S.d. § 2 Nr. 28 MsbG bezeichnet. Die Marktlokation ist mit mindestens einer Leitung mit einem Netz verbunden.

Eine Marktlokation wird durch eine eindeutige ID identifiziert. Die ID darf nicht mehr verändert werden, solange die Marktlokation existiert. Die ID der Marktlokation wird durch den Netzbetreiber vergeben. Allein die Marktlokation ist Anknüpfungspunkt der Bilanzierung entnommenen Gases sowie der Prozesse zum Wechsel des Lieferanten. Die an einer Marktlokation entnommene Energie wird mittels einer oder mehrerer Messeinrichtungen ermittelt, die unter dem Begriff der Messlokation geführt werden. Mehrere geographisch getrennte Standorte eines Unternehmens, an denen Marktlokationen vorhanden sind, werden separat voneinander als Marktlokationen behandelt.

b. Messlokation

Eine Messlokation ist jede Messstelle i.S.d. § 2 Nr. 11 MsbG und damit die Gesamtheit aller Mess-, Steuerungs- und Kommunikationseinrichtungen zur sicheren Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung von Messdaten und zur sicheren Anbindung von Erzeugungsanlagen und steuerbaren Lasten an Zählpunkten eines Anschlussnutzers. In einer Messlokation wird jede relevante physikalische Größe zu einem Zeitpunkt maximal einmal ermittelt.

Eine Messlokation wird durch eine eindeutige alphanumerische Codierung (im Weiteren: „ID“) identifiziert. Sie muss von der für Marktlokationen verwendeten ID anhand ihrer Struktur eindeutig abgrenzbar sein, d.h. es muss bei Ablesung der ID für jedermann erkennbar sein, ob damit eine Markt- oder eine Messlokation bezeichnet wird. Die ID darf grundsätzlich nicht mehr verändert werden, solange die Messlokation existiert. Dies gilt auch in Fällen von Konzessionswechseln. Die Marktlokations-ID muss mit einer Prüfziffer ausgestattet sein, anhand derer überprüft werden kann, ob eine ID korrekt übermittelt worden ist. Die ID der Messlokation wird durch den Netzbetreiber vergeben.

In einer Marktlokation können entweder eine (1:1-Ausprägung) oder mehrere Messlokationen vorhanden sein:

aa. 1:1-Beziehung zwischen Marktlokation und Messlokation

Es besteht eine 1:1 Beziehung zwischen Marktlokation und Messlokation, wenn die Energie einer Marktlokation mit genau einer Messlokation gemessen wird.

bb. 1:n-Beziehung zwischen Marktlokation und mehreren Messlokationen

Bei Marktlokationen, wie z. B. bei einem Standort eines Industriekunden kann es erforderlich sein, dass für die Erfassung der Energie der Marktlokation mehr als eine Messlokation benötigt wird. In diesem Fall hat die Marktlokation eine eindeutige ID, die für keine der Messlokationen zur Identifikation verwendet wird. Die Ermittlung der Energie einer Marktlokation mit Hilfe der Messwerte aus den erforderlichen Messlokationen verantwortet der Netzbetreiber.

4. Datenaustausch, Datenformate und Nachrichtentypen

Bei der Abwicklung der Prozesse sind von den Beteiligten alle Informationen zu übermitteln, die zur vollständigen Umsetzung der einzelnen Prozessschritte erforderlich sind. Dabei ist zu gewährleisten, dass jeder Beteiligte eindeutig identifiziert werden kann. Ferner hat jeder Beteiligte eine einheitliche Adresse einzurichten, an die alle Nachrichten unabhängig vom Nachrichtentyp gesandt werden können („1:1-Adressierung“). Die Adresse ist lediglich für den Empfang oder die Versendung von Nachrichten zu verwenden, deren Austausch der Abwicklung eines Prozessschrittes der vorliegenden Festlegung über den Wechsel des Lieferanten im Gassektor dient.

Die Betreiber von Gasversorgungsnetzen sind verpflichtet, für die Verarbeitung und den Austausch elektronischer Nachrichten im Rahmen der in dieser Anlage beschriebenen Geschäftsprozesse das Datenformat EDIFACT anzuwenden. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit abweichender bilateraler Vereinbarungen zum Datenaustausch nach Maßgabe des Beschlusses. Das eingesetzte EDIFACT-Subset hat dem für den Elektrizitätsbereich in dem Beschluss BK6-06-009 festgelegten, von der BDEW-Verbandearbeitsgruppe EDI@Energy entwickelten EDIFACT-Subset zu entsprechen, soweit nicht zwingende Gründe im Hinblick auf einzelne Nachrichteninhalte eine Abweichung erfordern. Der Gleichlauf der Subsets ist auch bei künftigen Änderungen, Ergänzungen oder Neuentwicklungen von Nachrichtentypen zu gewährleisten, um eine möglichst einheitliche Abwicklung des Datenaustausches für Elektrizität und Gas zu erreichen.

Für die Verarbeitung und den Austausch elektronischer Nachrichten haben die Netzbetreiber unter Beteiligung der Lieferanten in geeigneter Form unverzüglich die erforderlichen EDIFACT-Nachrichtentypen zu entwickeln und nach Maßgabe der in dieser Anlage befindlichen Prozessbeschreibungen zu verwenden.

Der Empfänger einer elektronischen Nachricht hat dem Absender jeden Nachrichteneingang sowie das Auftreten oder Nichtauftreten von Syntaxfehlern mitzuteilen.

Für jede elektronische Nachricht, deren Inhalt eine automatisierte Überprüfung erfordert, hat der Empfänger eine Anwendungsfehler- bzw. Bestätigungsmeldung an den Absender zu übermitteln.

Bei allen Nachrichtentypen sind die jeweils aktuellen Versionen anzuwenden, soweit in den Versionsregelungen nichts Abweichendes bestimmt ist. Aktualisierte Nachrichtentypen, deren Neufassungen von den Netzbetreibern durch die projektführende Organisation nach Beteiligung der Lieferanten (Transportkunden) in geeigneter Form bis zum 01.04. eines Jahres aber nach dem 01.10. des Vorjahres verabschiedet worden sind, haben die Marktbeteiligten ab dem 01.10. desselben Jahres für den Datenaustausch zu nutzen. Nach dem 01.04. eines Jahres aber vor dem 01.10. desselben Jahres verabschiedete, aktualisierte Nachrichtentypen sind ab dem 01.04. des Folgejahres für den Datenaustausch anzuwenden. In den Versionsregeln können abweichende Umsetzungsfristen festgelegt werden.

Die Übermittlung sämtlicher EDIFACT-Nachrichten im Anwendungsbereich der vorliegenden Prozesse ist mittels Signatur und Verschlüsselung abzusichern. Sofern die Übermittlung der Nachrichten nicht per AS2 oder AS4, sondern per E-Mail erfolgt, sind hierbei insbesondere die technischen Vorgaben zum abgesicherten Austausch von EDIFACT-Übertragungsdateien einzuhalten. Hierzu wird auf das EDI@ENERGY-Dokument „EDI@Energy – Regelungen zum Übertragungsweg - Regelungen zum sicheren Austausch von EDIFACT-Übertragungsdateien“ in der jeweils aktuellen Fassung verwiesen, soweit diese zuvor Gegenstand einer durch die Bundesnetzagentur begleiteten Konsultation waren und im Anschluss durch die Bundesnetzagentur veröffentlicht worden sind. Für die Verwendung des Kommunikationsprotokolls AS4 zur Übertragung von EDIFACT-Nachrichtentypen ist die Kompatibilität mit der europäischen Protokollausprägung der ENTSOG herzustellen.

5. Identifizierung einer Marktlotation

Für den Austausch von marktlotionsbezogenen Daten ist die Identifizierung der Marktlotation zur fristgerechten und automatischen Abwicklung der Prozesse notwendig. Meldungen sind für den Lauf von Fristen nur dann maßgeblich, wenn sie die Identifizierung der Marktlotation nach Maßgabe der folgenden Grundsätze ermöglichen. Die nachfolgenden Regelungen gelten grundsätzlich für alle durchzuführenden Identifizierungen einer Marktlotation zwischen Netzbetreibern und Lieferanten sowie zwischen Lieferanten untereinander:

- a. Grundsätzlich ist eine Marktlotation durch den Anfragenden anhand des Namens bzw. der Firma des Kunden, der postalischen Adresse der Marktlotation und der ID der Marktlotation eindeutig zu benennen.
- b. Marktlotionen werden ausschließlich mit Hilfe der ID der Marktlotation (MaLo-ID) identifiziert, sofern die die ID der Marktlotation dem Anfragenden bekannt ist.
- c. Handelt es sich um die erstmalige Inbetriebnahme einer Marktlotation, so erfolgt die Identifizierung mittels des Namens bzw. der Firma des Endkunden oder des Anschlussnehmers, der postalischen Adresse der Marktlotation sowie erforderlichenfalls weiterer Zusatzangaben zur Konkretisierung einer unter mehreren Marktlotionen derselben postalischen Adresse.
- d. In allen übrigen Fällen hat die Identifikation der Marktlotation anhand der vom Absender übermittelten Identifikationskriterien zu erfolgen, wobei der Angefragte die Identifizierung nur dann ablehnen darf, wenn ihm auch bei Wahrung der gebotenen Sorgfalt dennoch keine eindeutige Identifizierung möglich war.

Der Angefragte ist verpflichtet, unverzüglich zu prüfen, ob sich die Marktlotation anhand der vom Anfragenden mitgeteilten Daten eindeutig und zutreffend identifizieren lässt. Konnte der Angefragte die Marktlotation nicht identifizieren, so hat er dies dem Anfragenden unverzüglich, jedoch spätestens am dritten Werktag nach Meldungseingang, in Form einer Ablehnungsmeldung mitzuteilen. Diese Frist geht längeren anderen Fristen vor.

Sobald die Marktlotation identifiziert ist, muss die nächste Mitteilung des Angefragten die zutreffende ID der Marktlotation beinhalten. In der Folge ist beiderseits in allen weiteren Nachrichten die ID der Marktlotation zu verwenden.

Sofern die Zuständigkeit für eine Marktlotation auf einen anderen Netzbetreiber übergeht, muss der Netzbetreiber alle Beteiligten hierüber unverzüglich informieren. Außerdem hat der alte Netzbetreiber in einem Zeitraum von drei Jahren ab Übergang der Zuständigkeit auf Nachrichten, für deren Bearbeitung er aufgrund der Abgabe keine Zuständigkeit mehr besitzt, unverzüglich mit einer Ablehnung zu reagieren, aus der seine Nichtzuständigkeit und die Identität des nun zuständigen Netzbetreibers hervorgeht.

Die vorgenannten Voraussetzungen und Prozessschritte zur Identifizierung einer Marktlotation sind allgemeingültig und in den nachfolgenden Prozessen immer dann anzuwenden, wenn eine konkrete Marktlotation zu bezeichnen ist.

6. Vollmachten

Zur Ermöglichung eines größtmöglich automatisierten Verfahrens ist im Regelfall auf den Versand von Vollmachten zu verzichten und die Existenz der Vollmachten vertraglich zuzusichern. In begründeten Einzelfällen kann eine Übermittlung der Vollmachtsurkunde gefordert werden. Hierzu genügt in der Regel die Übersendung einer Kopie der Vollmachtsurkunde im Rahmen eines elektronischen Dokuments. Im Fall der Anforderung einer Vollmacht bzw. Erklärung hat der Anfordernde den betreffenden Geschäftsprozess gleichwohl fristgerecht weiter abzuarbeiten. Der Prozesslauf darf erst dann abbrechen, wenn der Bevollmächtigte die angeforderte Vollmacht bzw. Erklärung nicht unverzüglich nach der begründeten Anforderung übermittelt.

7. Fristenberechnung

Die Fristvorgaben bezeichnen einen Zeitraum, der zwischen dem Eingang der Nachricht und dem gemeldeten Ereignis liegen muss.

Dieser Zeitraum bestimmt sich nach der Anzahl von Werktagen, d. h. relevant sind jeweils volle Tage, die zwischen Meldungseingang und dem gemeldeten Ereignis liegen, und nicht auf ein Wochenende oder einen Feiertag fallen.

Da der Tag des Nachrichteneingangs bei Zugang der Nachricht bereits angebrochen ist, stellt er keinen diesem Mindestzeitraum zuzurechnenden, vollen Tag dar. Die Frist beginnt folglich gemäß § 187 Abs. 1 BGB mit Beginn des auf den Meldungseingang folgenden Werktags.

Bezieht sich das gemeldete Ereignis auf ein Tagesende (z. B. Kündigung, Lieferende), so ist dieser Tag in der Mindestfrist enthalten, die der Nachrichtenversender berücksichtigen muss.

Bezieht sich das gemeldete Ereignis auf einen Tagesbeginn (z. B. Lieferbeginn), so ist dieser Tag nicht in der Mindestfrist enthalten, die der Nachrichtenversender berücksichtigen muss.

Dies bedeutet für den Prozess Lieferende, dass die Meldung beim Netzbetreiber sieben volle Werktage vor der Beendigung des Energieliefervertrages eingegangen sein muss. Ein Energieliefervertrag endet mit Ablauf des letzten Tages des Vertragszeitraums, folglich mit dem Ablauf des Tages, der durch das Abmeldedatum bezeichnet wird. Da am Tag des Abmeldedatums noch eine vollumfängliche Belieferung durch den Altlieferanten erfolgt, ist dieser Tag für die Einhaltung des Mindestzeitraums mit einzubeziehen.

Beim Prozess Lieferbeginn hingegen müssen zehn volle Werktage vor Wirksamwerden des neuen Energieliefervertrages abgelaufen sein. Da der Neulieferant die Belieferung mit Beginn des Tages aufnimmt, der durch das Anmeldedatum bezeichnet wird, zählt dieser Tag für die Einhaltung des zwingend davorliegenden Mindestzeitraums nicht mit.

Die folgenden Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- Lieferende bei Lieferantenwechselvorgängen:

Eingang der Abmeldung des Altlieferanten erfolgt am 04.07.2016. Der Mindestzeitraum von sieben Werktagen beginnt am 05.07.2016 und endet am 13.07.2016. Frühestes zulässiges Abmeldedatum ist damit der 13.07.2016, so dass die Marktolokation dem Altlieferanten noch bis zum Ablauf des 13.07.2016 zugeordnet bleibt.

- Lieferbeginn bei Lieferantenwechselvorgängen:

Eingang der Anmeldung des Neulieferanten erfolgt am 04.07.2016. Der Mindestzeitraum von sieben bzw. zehn Werktagen beginnt am 05.07.2016 und endet am

A. Rahmen der Geschäftsprozesse

13.07.2016 bzw. 18.07.2016. Frühestes zulässiges Anmeldedatum ist damit der 14.07.2016 bzw. 19.07.2016, so dass die Marktllokation dem Neulieferanten frühestens zum Beginn des vorgenannten Tages zugeordnet wird.

Juli 2016

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di
4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

Bei Fristvorgaben, die sich nicht auf Werktage beziehen, sind Kalendertage gemeint. Die Berechnung der Frist erfolgt analog zu der obigen Beschreibung.

Die Fristenberechnung beruht immer auf dem Eingangsdatum der Nachricht und ist unabhängig vom Versanddatum der Empfangsbestätigung (CONTRL).

8. Stornierung und Rückabwicklung

In bestimmten Fällen sollen Prozessschritte bzw. weitergeleitete Nachrichten keine Relevanz mehr haben, weil der Meldende den Prozess abbrechen will. In diesen Fällen kommt eine Stornierung oder eine Rückabwicklung in Betracht. Als Vorbedingung für die Stornierung gilt, dass die die Stornierung auslösende Meldung noch nicht bearbeitet wurde. Sofern die Stornierung vom Empfänger akzeptiert wurde, erfolgt keine Antwort auf die Ursprungsnachricht. Antworten erfolgen bei Stornierungen grundsätzlich elektronisch. Eine Rückabwicklung kommt nur in Betracht, wenn eine Antwort auf ein auslösendes Ereignis bereits versendet wurde und alle am Prozess beteiligten Marktbeteiligten zu einer Rückabwicklung ihr Einverständnis erklären. Die Abwicklung erfolgt als manueller Prozess zwischen den Beteiligten.

9. Kurzbeschreibung der Geschäftsprozesse

Abschnitt	Prozess	Kurzbeschreibung
B.1.	Kündigung	Ein Lieferant kündigt im Auftrag des Letztverbrauchers beim bisherigen Lieferanten den bestehenden Gasliefervertrag.
B.2.	Lieferende	Ein Lieferant meldet beim Netzbetreiber aufgrund der Beendigung eines mit dem Letztverbraucher abgeschlossenen Energieliefervertrages die Marktllokation des Letztverbrauchers von der Belieferung ab.
B.3.	Lieferbeginn	Ein Lieferant meldet beim Netzbetreiber aufgrund eines mit dem Letztverbraucher zustande gekommenen Energieliefervertrages die Marktllokation des Letztverbrauchers zur Belieferung an.
C.2.	Beginn der Ersatz-/ Grundversorgung	Der Prozess beschreibt die mögliche Zuordnung der Marktllokation beim Übergang in die Ersatz- / Grundversorgung. Ersatzversorgung liegt bei einem Gasbezug vor, der weder einer Lieferung noch einem bestimmten Liefervertrag zugeordnet werden kann (z.B. Gasbezug nach Neuanschluss einer Marktllokation ohne abgeschlossenen Liefervertrag). Grundversorgung entsteht durch einen Vertragsschluss, der auch konkludent erfolgen kann.
D.1.	Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten	Der Netzbetreiber übermittelt Messwerte und andere abrechnungs- oder bilanzierungsrelevante Daten.
D.2.	Stammdatenänderung	Geänderte Stammdaten eines Letztverbrauchers oder einer Marktllokation werden ausgetauscht (z.B. bei Änderungen des Vertragsverhältnisses).

A. Rahmen der Geschäftsprozesse

D.3.	Geschäftsdatenanfrage	Geschäftsdaten eines Letztverbrauchers werden angefragt und ggf. übermittelt.
D.4.	Netznutzungsabrechnung	Die Abrechnung der Netznutzung des Netzbetreibers gegenüber dem Lieferanten. Dies umfasst Abschlags-, Turnus-, Zwischen- und Schlussrechnungen.
D.5.	Grundsätze der Mengenzuordnung	Das Mehr-/ Mindermengenmodell regelt die Zuordnung von Gasmengen von einem Altlieferanten zu einem Neulieferanten zum Zwecke der Bilanzierung, wenn Belieferungssituation und bilanzielle Zuordnung auseinander fallen.

B. Geschäftsprozesse beim Wechsel des Lieferanten aufgrund vertraglicher Lieferbeziehungen

1. Prozess Kündigung

1.1. Kurzbeschreibung

Der Prozess beschreibt die Interaktionen zwischen Neulieferant und Altlieferant zur Kündigung des Gaslieferungsvertrages im Auftrag des Letztverbrauchers.

Leitet der Neulieferant den Kündigungsprozess gegenüber einem Ersatz- / Grundversorger ein und befindet sich die zu kündigende Marktlotation in Ersatzversorgung gem. § 38 EnWG, so findet durch den Ersatz- / Grundversorger keine Prüfung auf Mindestvertragslaufzeiten bzw. Kündigungsfristen statt, da derartige Fristen im Rahmen der Ersatzversorgung nicht existieren. Ungeachtet der jederzeit bestehenden Möglichkeit des Letztverbrauchers, seinen Liefervertrag schriftlich zu kündigen, darf der Lieferant eine nach diesem Prozess gemeldete Kündigung nicht allein unter Berufung auf die fehlende Einhaltung einer vertraglich vereinbarten Form zurückweisen. In diesem Fall hat er eine Kündigung auch in elektronischer Form unter Anwendung dieses Prozesses entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Der Prozess behandelt nicht den Fall, dass der Letztverbraucher selbst gegenüber seinem bisherigen Lieferanten den Energieliefervertrag kündigt.

1.2. Detaillierte Beschreibung

Der Neulieferant übermittelt die Kündigung an den Altlieferanten. In der Kündigung kann ein beliebiges in der Zukunft liegendes Kündigungsdatum (auch untermonatlich) angegeben werden. Die Kündigung kann sich auf einen fixen Tag oder auf den nächstmöglichen Kündigungstermin beziehen. Das Kündigungsdatum beschreibt den Tag, an dem der letzte Gastag der Belieferung beginnt. Die eingegangene Kündigung wird durch den Altlieferanten geprüft. Auch wenn der Letztverbraucher selbst bereits beim Altlieferanten gekündigt hat, ist eine durch den Neulieferanten erfolgende Zweitkündigung zulässig und zu akzeptieren, wenn dies der Vertragslage entspricht. Sofern der Altlieferant die Kündigung ablehnt, teilt er dies dem Neulieferanten, unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf des 3. WT nach Eingang der Kündigung, unter Angabe des Grundes mit. Hat der Neulieferant auf ein fixes Datum gekündigt und wird dieses vom Altlieferanten nicht bestätigt, so teilt der Altlieferant das nächstmögliche Kündigungsdatum und die Kündigungsfrist mit. Liegt dem Altlieferanten bereits eine wirksame Kündigung vor und lässt die Vertragslage die Zweitkündigung des Neulieferanten zum gewünschten Kündigungstermin nicht zu, so teilt der Altlieferant gleichzeitig mit der Ablehnung der Kündigung das Datum des Vertragsendes mit. Dies erfolgt unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 3. WT nach Eingang der Kündigung. Außerdem teilt er mit, ob die Kündigung vom Letztverbraucher oder von einem dritten Lieferanten übermittelt worden war.

Sofern der Altlieferant die Kündigung gegenüber dem Neulieferanten bestätigt, ist dies entweder ohne oder mit inhaltlichen Änderungen unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf des 3. WT nach Eingang der Kündigung vorzunehmen. Hat der Neulieferant auf das nächstmögliche Datum gekündigt, so bestätigt der Altlieferant die Kündigung unter Angabe dieses Datums. Der Altlieferant teilt dem Neulieferanten mit Bestätigung der Kündigung ferner den Vorjahresverbrauch des Letztverbrauchers mit. Der Altlieferant ist ferner verpflichtet, unmittelbar mit Bestätigung der Kündigung gegenüber dem Neulieferanten auch den Prozess „Lieferende“ gegenüber dem Netzbetreiber anzustoßen. Wenn der Letztverbraucher vorab selbst kündigt, ist der Prozess „Lieferende“ gegenüber dem Netzbetreiber unmittelbar mit Verfassen der Bestätigung an den Letztverbraucher anzustoßen. Sofern der Neulieferant zur Identifikation der die Kündigung betreffenden Marktlotation

die MaLo-ID übermittelt hat und diese dem Altlieferanten bereits bekannt ist, teilt dieser seine Bestätigung oder Ablehnung dem Neulieferanten unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 1. WT nach Eingang der Kündigung mit.

2. Prozesse „Lieferende“, „Lieferbeginn“

2.1. Grundregeln

Die Prozesse Lieferende und Lieferbeginn sind inhaltlich eng miteinander verknüpft. Die Grundregeln für beide Prozesse werden daher an dieser Stelle gemeinsam dargestellt.

Für die Prozesse Lieferende und Lieferbeginn gelten folgende Begriffsbestimmungen:

Unter dem Anmeldedatum ist im Folgenden das Datum des gewünschten Lieferbeginns zu verstehen, unter Abmeldedatum das des gewünschten Lieferendes. Eingangsdatum ist das Datum, an dem die Meldung über den Lieferbeginn oder das Lieferende beim Netzbetreiber eingeht.

An- und Abmeldedatum sowie Eingangsdatum können ein beliebiger Tag sein. Es kann sich dabei um ein untermonatliches Datum handeln.

Für die Bestimmung der Termine für Lieferende und Lieferbeginn gelten folgende Grundregeln in dieser Reihenfolge:

1. Eingehende Meldungen sind stets unverzüglich zu bearbeiten, es sei denn, für die jeweiligen Bearbeitungsschritte sind in den Prozessen besondere Bearbeitungsfristen geregelt.
2. Für Letztverbraucher mit registrierender Leistungsmessung und deren neue Messeinrichtungen an ein Smart-Meter-Gateway (Strom) angeschlossen sind, können An- und Abmeldedatum nur nach dem Eingangsdatum liegen.
3. Für Letztverbraucher mit Standardlastprofilen sind sowohl vor- als auch rückwirkende An- und Abmeldungen zulässig, wenn nicht der Fall eines Lieferantenwechsels vorliegt (d.h. ein identischer Letztverbraucher wechselt an derselben Marktllokation von einem vertraglichen zu einem anderen vertraglichen Lieferanten).

Lieferantenwechsel sind nur in die Zukunft gerichtet möglich. Der Netzbetreiber stellt im Rahmen der Identifikation der Marktllokation sicher, dass rückwirkende Lieferanmeldungen nur in Fällen stattfinden, in denen bisheriger und neuer Anschlussnutzer nicht identisch sind.

Für sonstige An- und Abmeldungen gilt Folgendes:

- a) Liegt das Eingangsdatum unter Einhaltung der vorgesehenen Vorlaufzeiten vor oder bis zu sechs Wochen nach An- oder Abmeldedatum, können Lieferbeginn oder Lieferende grundsätzlich zum An- oder Abmeldedatum realisiert werden.
- b) Liegt das Eingangsdatum mehr als sechs Wochen nach An- oder Abmeldedatum, können Lieferbeginn oder Lieferende grundsätzlich nur für die Zukunft realisiert werden. Kann ein Lieferbeginn- oder Lieferendevorgang nur für die Zukunft realisiert werden, so sind die für Lieferantenwechselvorgänge in den Prozessen vorgesehenen Vorlaufzeiten einzuhalten.

- c) Zuordnungslücken sind dadurch zu vermeiden, dass in die Zukunft wirkende An- und Abmeldungen zeitlich aufeinander abgestimmt werden.
- 4. Verbleibende Zuordnungslücken sind zu vermeiden, indem die Marktlotation zur Ersatz- /Grundversorgung angemeldet wird.

2.2. Prozess „Lieferende“

2.2.1. Kurzbeschreibung

Ein Lieferant meldet beim Netzbetreiber aufgrund der Beendigung eines mit dem Letztverbraucher abgeschlossenen Energieliefervertrages die Marktlotation des Letztverbrauchers von der Belieferung ab. Gründe können z.B. sein: Lieferantenwechsel, Auszug, Stilllegung der Marktlotation, Kündigung durch den Lieferanten etc. Dieser Prozess findet auch dann Anwendung, wenn der Ersatz- / Grundversorger für eine Marktlotation die Ersatzversorgung beenden will (z.B. Ablauf der Drei-Monats-Frist des § 38 Abs. 2 EnWG).

2.2.2. Detaillierte Beschreibung

Der Altlieferant meldet beim Netzbetreiber die Zuordnung der Marktlotation zum Abmeldedatum ab. Der Altlieferant teilt unverzüglich nach Vorliegen des Abmeldegrundes mit, ob die Abmeldung anlässlich eines Lieferantenwechsels oder anlässlich einer sonstigen Beendigung der Belieferung der Marktlotation erfolgt. Im Fall des Lieferantenwechsels erfolgt die Übermittlung der Abmeldung mindestens 7 WT vor dem Abmeldedatum. Der Netzbetreiber prüft nach Eingang der Abmeldung diese unverzüglich. Im Fall des Lieferantenwechsels prüft er insbesondere die Einhaltung der Vorlaufzeit bis zum Abmeldedatum. Eine Ablehnung oder Bestätigung der Abmeldung erfolgt durch den Netzbetreiber unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf des 3. WT nach Eingang der Abmeldung. Innerhalb dieser Frist beendet der Netzbetreiber ggf. die Zuordnung des Altlieferanten zur Marktlotation zum Abmeldedatum. Ist eine Marktlotation infolge der Abmeldung künftig weder dem Ersatz-/Grundversorger noch einem sonstigen Lieferanten zugeordnet, kann eine Unterbrechung des Netzanschlusses nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften in Betracht kommen. Liegt beim Netzbetreiber keine Information über die Zuordnung der Marktlotation zu einem Nachfolgelieferanten für den Zeitraum nach dem Abmeldedatum vor, so ordnet der Netzbetreiber die Marktlotation ab diesem Zeitpunkt dem Ersatz-/Grundversorger zu. Dies gilt nicht, soweit der Ersatzversorger selbst das Lieferende der Ersatzversorgung gemeldet hat. Vor der Endabrechnung ist die Ermittlung, Aufbereitung und Übermittlung der Messwerte oder anderer abrechnungs- oder bilanzierungsrelevanter Daten an den Altlieferanten durch den Netzbetreiber vorzunehmen (s. auch Prozess „Messwertübermittlung“). Es erfolgt die Endabrechnung des Netzzugangs zwischen dem Altlieferanten und dem Netzbetreiber über die betroffene Entnahmestelle.

2.3. Prozess „Lieferbeginn“

2.3.1. Kurzbeschreibung

Ein Lieferant meldet beim Netzbetreiber aufgrund eines mit dem Letztverbraucher zustande gekommenen Energieliefervertrages die Marktlotation des Letztverbrauchers zur Belieferung an. Typische Anlässe sind z.B. Lieferantenwechsel, Einzug, Inbetriebnahme

einer neuen Marktllokation. Ein Lieferbeginn liegt auch vor, wenn der Letztverbraucher unmittelbar vor der Neubelieferung durch den Ersatzversorger versorgt wurde. Zum Prozess Lieferbeginn gehört ferner auch die Wiederaufnahme der Belieferung an einer Marktllokation, bei der zuvor der Netzbetreiber den Netzanschluss oder die Anschlussnutzung unterbrochen hatte.

2.3.2. Detaillierte Beschreibung

Der Neulieferant meldet beim Netzbetreiber die Belieferung der Marktllokation zum Anmeldedatum an. Dies erfolgt unverzüglich nach Vorliegen des Anmeldegrundes. Bei Anmeldungen anlässlich eines Lieferantenwechsels jedoch mindestens 10 WT vor Aufnahme der Belieferung bzw. sofern der Neulieferant zur Identifikation der Marktllokation die MaLo-ID übermittelt hat und diese dem Altlieferanten bereits bekannt ist, mindestens 7 WT vor Aufnahme der Belieferung, (Der Neulieferant teilt in der Anmeldung u.a. mit, ob der Letztverbraucher ein „Haushaltskunde“ ist und welchem Marktgebiet die Marktllokation künftig zugeordnet werden soll.) Der Neulieferant teilt dem Netzbetreiber des Weiteren mit, ob die Anmeldung anlässlich eines Lieferantenwechsels oder anlässlich einer sonstigen Aufnahme der Belieferung der Marktllokation erfolgt. Im Rahmen der Anmeldung ist die Zuordnung der Marktllokation zu einem Bilanzkreis erforderlich. Möchte der Neulieferant für die turnusmäßige Ablesung der Marktllokation einen Ableseturnus vorgeben, der von „jährlich“ abweicht, so teilt er diesen mit. Der Ableseturnus gibt den Ablesezyklus (halbjährlich, vierteljährlich, monatlich) vor, nicht aber den jeweiligen Ablesezeitpunkt. Der Netzbetreiber prüft die eingegangene Anmeldung unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 4. WT bzw. sofern zur Identifikation der Marktllokation die MaLo-ID genutzt wurde, zum Ablauf des 1. WT nach Eingang der Anmeldung. Diese umfasst im Fall des Lieferantenwechsels, ob die Vorlaufzeit von 10 WT bis zum Anmeldedatum eingehalten ist, ferner eine Prüfung der Kapazitäten bei Vorliegen eines Marktgebietswechsels, eines Neuanschlusses oder einer Leistungserhöhung. Die ggf. erforderliche Kapazitätsprüfung hat nach geeigneten Branchenstandards zu erfolgen. Weiterhin ist das Vorliegen aller sonstigen Voraussetzungen zu prüfen. Liegt eine der in den vorgenannten Schritten zu prüfenden Voraussetzungen nicht vor, so lehnt der Netzbetreiber die Anmeldung des Neulieferanten ab. Hierbei übermittelt er eine Begründung für die Ablehnung. Resultiert die Ablehnung aus einem Widerspruch des Altlieferanten, so teilt der Netzbetreiber die vom Altlieferanten gegebene Begründung mit.

Ist die Marktllokation zum Anmeldedatum keinem anderen Lieferanten zugeordnet oder liegt eine korrespondierende Abmeldung vor, so bestätigt der Netzbetreiber die Anmeldung gegenüber dem Neulieferanten zum Anmeldedatum. Die noch benötigten Stammdaten werden übermittelt. Ferner übermittelt er dem Neulieferanten die Identitäten der derzeitigen MSB mit. Die Anmeldung erfolgt gegenüber dem Neulieferanten zum Anmeldedatum.

Ist die Marktllokation zum Anmeldedatum noch einem anderen Lieferanten (Altlieferanten) zugeordnet und liegt keine korrespondierende Abmeldung vor, so informiert der Netzbetreiber den Neulieferanten darüber, dass zum gewünschten Anmeldedatum noch ein anderer Lieferant (Altlieferant) der Marktllokation zugeordnet ist, weshalb eine Abmeldungsanfrage an den Altlieferanten gestellt wird. Hierbei teilt der Netzbetreiber dem Neulieferanten insbesondere die Identität des Altlieferanten mit. Der Netzbetreiber übersendet dem Altlieferanten unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 4. WT bzw. sofern zur Identifikation der Marktllokation die MaLo-ID genutzt wurde, zum Ablauf des 1. WT nach Eingang der Anmeldung, eine Mitteilung über die vom Neulieferanten zum Anmeldedatum angemeldete Belieferung, verbunden mit der Anfrage, ob der Altlieferant die Belieferung abmeldet. Der Altlieferant prüft unverzüglich die Vertragslage und entscheidet, ob er seine noch bestehende Zuordnung dergestalt abmeldet, dass der Neulieferant zum gewünschten Anmeldedatum die Belieferung der Marktllokation aufnehmen kann. Der Altlieferant

beantwortet die Abmeldungsanfrage unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 3. WT nach Eingang die Abmeldungsanfrage des Netzbetreibers. Der Altlieferant bestätigt nachfolgend entweder wie gewünscht die Abmeldung zum Tag vor dem Anmeldetermin oder zu einem Abmeldedatum, das mehr als einen Tag vor dem gewünschten Anmeldedatum liegt. Sofern der Altlieferant der Abmeldung widerspricht, nennt er keinen Abmelde-termin. In diesem Fall übermittelt der Altlieferant eine Begründung für den Widerspruch.

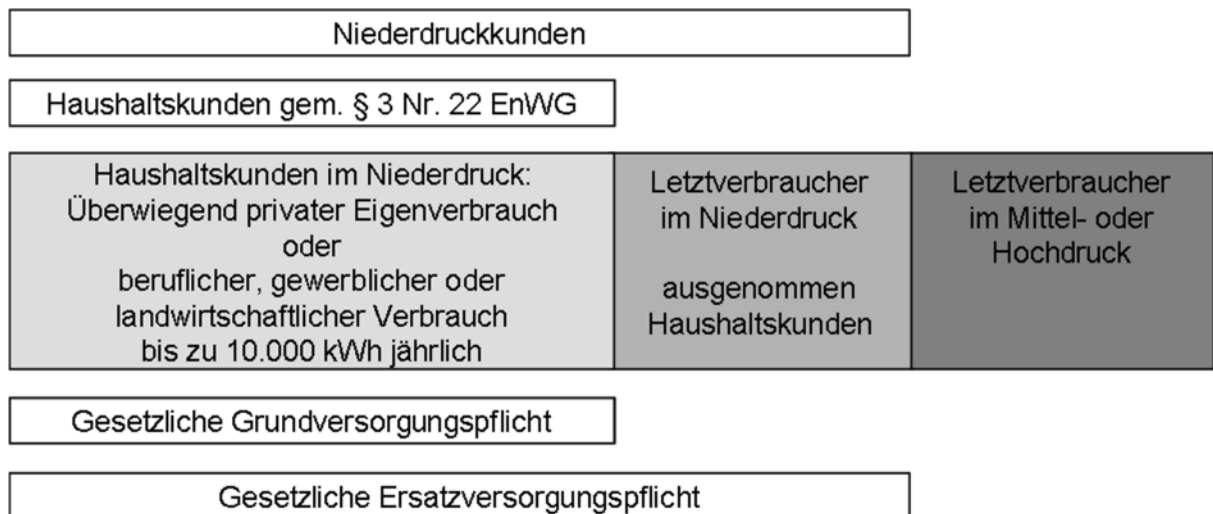
Daraufhin prüft der Netzbetreiber unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 8. WT bzw. sofern zur Identifikation der Marktllokation die MaLo-ID genutzt wurde, zum Ablauf des 5. WT nach Eingang der Anmeldung, die Antwort des Altlieferanten. Es sind folgende Prüfungsergebnisse denkbar: Bestätigt der Altlieferant die Abmeldung zum Tag vor dem Anmeldedatum oder zu einem noch früheren Datum, so wird die Zuordnung des Altlieferanten zu dem von diesem bestätigten Abmeldedatum beendet. Widerspricht der Altlieferant und nennt kein Abmeldedatum, so bleibt die Marktllokation dem Altlieferanten zugeordnet. Beantwortet der Altlieferant die Abmeldungsanfrage des Netzbetreibers nicht fristgerecht, so wird die Zuordnung des Altlieferanten zum Tag vor dem Anmeldedatum beendet. Der Netzbetreiber informiert den Altlieferanten entsprechend darüber, dass entsprechend des Prüfungsergebnisses dessen Zuordnung zur Marktllokation beendet worden ist. Hierbei teilt er das Abmeldedatum sowie den Grund der Abmeldung mit und ordnet die Marktllokation dem Neulieferanten zum Anmeldedatum zu. Der Netzbetreiber nimmt unverzüglich die Ermittlung, Aufbereitung und Übermittlung der Messwerte oder anderer abrechnungs- oder bilanzierungsrelevanter Daten vor (s. auch Prozess „Messwertübermittlung“).

C. Geschäftsprozesse beim Wechsel des Lieferanten aufgrund gesetzlicher Lieferbeziehungen („Ersatz- / Grundversorgung“)

1. Allgemeines

Die folgende Grafik stellt die grundsätzliche Reichweite der Grund- und Ersatzversorgungspflicht dar. Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen ergeben sich aus Gesetzen und Verordnungen.

Gesetzliche Zuordnung von Letztverbrauchern zur Grund- und Ersatzversorgungspflicht



Haushaltskunden können sowohl in die Ersatz- als auch in die Grundversorgung fallen. Beide unterscheiden sich in Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

Zum Zweck dieser Prozessbeschreibung werden Marktlokationen dem Niederdruck zugeordnet, wenn der Messdruck des Gases in Flussrichtung hinter dem Netzanschluss oder ggf. hinter einem nachgelagerten Haus-Druckregelgerät höchstens 0,1 bar beträgt.

Die Zuordnung von Marktlokationen im Rahmen der Prozesse „Beginn der Ersatz-/Grundversorgung“ und „Ende der Ersatzversorgung“ kann untermonatlich und bei SLP-Marktlokationen bis zu sechs Wochen zzgl. 3 WT rückwirkend erfolgen (wie Prozesse „Lieferende“ und „Lieferbeginn“). Wie bei den anderen Prozessen werden in der Zwischenzeit gelieferte Gasmengen nach dem Asynchronmodell zwischen Bilanzierung und Netznutzung für SLP-Kunden (Abschnitt D.5.) im Rahmen der Mehr-/Mindermengenabrechnung verrechnet. Soweit die Ersatzversorgung einer Marktlokation wegen Ablaufs der Drei-Monatsfrist des § 38 Abs. 2 Satz 1 EnWG beendet wurde, kommt eine erneute Zuordnung der Marktlokation zum Ersatz- / Grundversorger über den Prozess „Beginn der Ersatz- / Grundversorgung“ nicht in Betracht.

Für die Beendigung des Grundversorgungsverhältnisses gilt der Prozess „Lieferende“.

Die folgenden Prozesse gelten auch für eine vereinbarte Fortsetzung der Ersatzversorgung (Ersatzfolgeversorgung). Sie gelten zudem für den Fall einer vertraglich vereinbarten Ersatzbelieferung entsprechend, sofern der Letztverbraucher dem Netzbetreiber vorab einen Ersatzbelieferer benannt hat. Eine solche Ersatzbelieferung kommt in der Regel für Letztverbraucher in Betracht, für die keine gesetzliche Ersatzversorgung vorgesehen ist.

Der Teilprozess „Beginn der Grundversorgung“ findet nur statt, wenn der Netzbetreiber die Marktllokation in Abgrenzung zur Ersatzversorgung zuordnen muss, d.h. wenn ihm zunächst keine Anmeldung für die Marktllokation vorliegt. Soweit der Grundversorger im Rahmen eines regulären Lieferverhältnisses einen Letztverbraucher beliefern will, ist der Prozess „Lieferbeginn“ anzuwenden.

Liegt dem Netzbetreiber, insbesondere auch in der Folge einer Abmeldungsanfrage, für eine Marktllokation sowohl eine Abmeldung als auch eine Anmeldung mit einem nach dem Abmeldedatum liegenden Anmeldedatum vor, ist die Lücke zwischen dem Abmeldedatum und dem Anmeldedatum durch eine befristete Anmeldung beim Ersatz-/ Grundversorger zu schließen.

Eine während der Bearbeitung des Prozesses Ersatzversorgung eingehende Anmeldung eines Lieferanten darf vom Netzbetreiber nicht mit der Begründung "Anmeldung in Bearbeitung" abgelehnt werden, sondern ist innerhalb der Fristen des Prozesses "Lieferbeginn" zu bearbeiten, während der Prozess „Beginn der Ersatz- / Grundversorgung“ abubrechen ist.

2. Prozess „Beginn der Ersatz-/ Grundversorgung“

2.1. Kurzbeschreibung

Ersatzversorgung liegt bei einem Gasbezug vor, der weder einer Lieferung noch einem bestimmten Energieliefervertrag zugeordnet werden kann (z.B. Gasbezug nach Neuanschluss einer Marktllokation ohne abgeschlossenen Energieliefervertrag). Grundversorgung entsteht durch einen Vertragsschluss, der auch konkludent erfolgen kann.

2.2. Detaillierte Beschreibung

Der Netzbetreiber meldet Marktllokation an den Ersatz- / Grundversorger, wenn die Marktllokation keinem Lieferanten zugeordnet ist und sich im Niederdruck befindet. Beispiele können sein:

- Neuanschluss einer Marktllokation, ohne Anmeldung eines Lieferanten
- Abmeldung der Marktllokation aufgrund Kündigung des Liefervertrages ohne Folgebelieferung (Lieferende)
- Abmeldung der Marktllokation aufgrund Kündigung des Ausspeiserahmenvertrags
- Schließung des Bilanzkreises des bisherigen Lieferanten bzw. Bilanzkreisverantwortlichen
- Erlöschen der durch einen Bilanzkreisverantwortlichen gegenüber einem Lieferanten erteilten Zuordnungsermächtigung.

Bei Marktllokationen im Mittel- oder Hochdruck kommen eine Meldung an den Ersatzbelieferer (soweit vertraglich vereinbart) oder die Unterbrechung des Netzanschlusses in Betracht.

Der Netzbetreiber teilt unverzüglich sowohl den Beginn des Zuordnungswechsels mit, als auch, ob der an der Marktllokation versorgte Letztverbraucher ein „Haushaltskunde“ ist, sofern ihm dies bekannt ist, und welchem Marktgebiet die Marktllokation bislang zugeord-

net ist. Der Netzbetreiber übermittelt ihm zudem Namen und Adressen des Anschlussnehmers und des Anschlussnutzers und das Ende der Zuordnung mit, sofern diese bekannt sind. Der Netzbetreiber teilt weiterhin die Identitäten des derzeitigen MSB mit. In Fällen einer Abmeldung der Marktlokation aufgrund einer Kündigung des Liefervertrags ohne Folgebelieferung kann der Zuordnungswechsel frühestens 6. WT vor dem Abmeldedatum erfolgen.

Der Ersatz- / Grundversorger prüft unverzüglich, ob es sich bei den Marktlokationen um Grund- oder Ersatzversorgung handelt. Mögliche Ergebnisse der Prüfung, jeweils bezogen auf einen bestimmten Zeitraum können sein, dass die Marktlokation ihm als Ersatz- oder Grundversorger zuzuordnen ist, bzw. dass die Marktlokation ihm nicht als Ersatz- oder Grundversorger zuzuordnen ist (z.B. weil er in dem betroffenen Netzgebiet nicht Ersatz-/Grundversorger ist).

Der Ersatz- / Grundversorger teilt das Ergebnis der Prüfung dem Netzbetreiber unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 2. WT nach Eingang der Meldung mit. Der Ersatz- / Grundversorger informiert gemäß GasGVV auch den Letztverbraucher über Beginn und voraussichtliches Ende der Ersatzversorgung bzw. über die Vertragsbedingungen der Grundversorgung. Nimmt der Ersatz- / Grundversorger die Belieferung der Marktlokation auf und möchte er für die turnusmäßige Ablesung der Marktlokation einen Ableseturnus vorgeben, der von „jährlich“ abweicht, so teilt er diesen mit. Der Ableseturnus gibt den Ablesezyklus (halbjährlich, vierteljährlich, monatlich) vor, nicht aber den jeweiligen Ablesezeitpunkt.

Die Zuordnung erfolgt ggf. rückwirkend auf den vom Ersatz- / Grundversorger mitgeteilten Termin. Meldet sich der Ersatz- / Grundversorger nicht fristgerecht, ordnet der Netzbetreiber die Marktlokation zu dem von ihm gemeldeten Termin dem Ersatz-/ Grundversorger zu. Der Netzbetreiber übermittelt die Messwerte oder anderer abrechnungs- oder bilanzierungsrelevanter Daten an den Ersatz- / Grundversorger. Inhalt und Umfang der zu übertragenden Messwerte und Daten sowie die Fristen ergeben sich aus dem Prozess „Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten“ (Abschnitt D.1.). Der Netzbetreiber teilt ferner die geänderten Stammdaten an der Marktlokation mit.

D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten

Die folgenden Prozesse stellen Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten an einer Marktolokation dar. Sie fallen bei Wechseln aufgrund vertraglicher ebenso wie aufgrund gesetzlicher Lieferbeziehungen an. Sie können diesen Wechseln zeitlich vor- oder nachgelagert sein.

1. Prozess „Anforderung und Weiterleitung von Messwerten“

1.1. Allgemeines zur Erhebung, Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten

Der Prozess hat die Erhebung, die Aufbereitung und die Weiterleitung von Messwerten sowie weiterer abrechnungsrelevanter Werte durch den Netzbetreiber an den Netznutzer zum Gegenstand.

Ein Messwert ist ein mit einer geeichten Messeinrichtung ermittelter Wert wie z.B. Zählerstand, Lastgang oder Energiemenge. Weitere abrechnungsrelevante Werte sind z.B. Brennwert oder Zustandszahl sowie Ersatz- und Schätzwerte. Ebenfalls hierzu gehören weitere Daten, deren Übertragung bilateral vereinbart wird. Keine Messwerte sind bloße Fehlermeldungen oder offensichtlich fehlerhafte Daten.

Soweit Messwerte netzentgelt- oder bilanzierungsrelevant sind, sind diese nach Erhebung an den Netzbetreiber zu übermitteln, damit dieser bezüglich dieser Daten seinen Aufbereitungs- und Archivierungspflichten aus dem MsbG nachkommen kann.

Die bilaterale Vereinbarung zwischen Messstellenbetreiber und Dritten (etwa Lieferant, Anschlussnutzer) bezüglich der direkten Übermittlung von Messwerten unterliegt nicht den Anforderungen dieses Prozesses.

Die Erhebung, Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten richten sich nachfolgenden Grundsätzen:

1.1.1. Erhebung von Messwerten

Messwerte können im Rahmen der gesetzlichen Regelungen erhoben werden

- vom MSB
- vom Lieferanten
- vom Netzbetreiber.

Bei inhaltlichen Differenzen zwischen dem für denselben Stichtag vom Lieferanten einerseits und dem von dem für die Messung zuständigen Dritten gemeldeten Zählerstand andererseits, ist der vom für die Messung zuständigen Dritten abgelesene Zählerstand maßgeblich.

Bei der Messung der Gasmenge ist zwischen den Messungen mit und ohne Mengenumwerter zu unterscheiden. Die Ermittlung des Normvolumens kann durch Umwertung des Betriebsvolumens mit Mengenumwertern innerhalb der Messgeräte erfolgen. Bei Messeinrichtungen ohne Mengenumwerter gibt der Messwert das Gasvolumen in Betriebskubikmeter und bei Messeinrichtungen mit Mengenumwerter das Gasvolumen in Normkubikmeter wieder. Der Zählerstand ist eine zeitpunktbezogene Größe, während sich Zustandszahl und Brennwert auf einen Zeitraum beziehen. Der Prozess Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten trägt diesem Umstand Rechnung.

Der Messstellenbetreiber führt die Messung zum Soll-/Turnusablesetermin durch. Auslöser sind:

D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten

- Außerturnusmäßige Messwerterhebungen gemäß Sollablesetermin des Netzbetreibers (nach Prüfung der eingegangenen Anforderungen zur Bereitstellung von Messwerten) oder
- Turnusablesung gemäß Sollablesetermin des Netzbetreibers
- Messwerterhebung zu einem sonstigen Termin auf Basis bilateraler Vereinbarungen mit Dritten (z. B. LF, Anschlussnutzer etc.)

Der Messstellenbetreiber führt hierbei auch eine erste technische Plausibilisierung der Messwerte durch. Diese umfasst insbesondere die Kontrolle auf vollständige und fehlerfreie Auslesung der Daten aus der Messeinrichtung (Prüfung auf Vollständigkeit der Messwerte, Vollständigkeit der Statusinformationen etc.). War der Messstellenbetreiber nicht in der Lage, die Auslesung fristgerecht durchzuführen, so teilt er dem Netzbetreiber das Scheitern der Auslesung mit und holt die Messwerterhebung unverzüglich nach. Alternativ zu diesem Prozessschritt hat der Messstellenbetreiber die Möglichkeit Vorschlagswerte für die fehlenden Messwerte zu ermitteln und diese dem Netzbetreiber als Information für die nachfolgenden Prozesse der Messwertübermittlung zu übermitteln.

1.1.2. Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten

Unabhängig von der Zuständigkeit für deren Erhebung sind Messwerte, die für die Abrechnungen des Netzbetreibers (insbesondere für Netzentgeltabrechnung, Mehr-/Mindermengenabrechnung, Bilanzkreisabrechnung) Verwendung finden, durch den Netzbetreiber aufzubereiten. Hierzu sind die Messwerte dem Netzbetreiber unverzüglich nach Erhebung zuzuleiten. Die Aufbereitung durch den Netzbetreiber umfasst insbesondere die Plausibilisierung und die Ersatzwertbildung, sowie die Ergänzung der Messwerte durch erforderliche Zusatzinformationen wie Abrechnungsbrennwert, Bilanzierungsbrennwert und Zustandszahl. Messwerte, die im Rahmen der Aufbereitung durch den Netzbetreiber verändert werden, sind in geeigneter Weise kenntlich zu machen. Ergeben sich im Zuge der Aufbereitung Änderungen an den Messwerten, so hat der Netzbetreiber die veränderten Messwerte auch an diejenigen zu übermitteln, von dem er die Messwerte vor deren Aufbereitung erhalten hatte. In jedem Fall hat der Netzbetreiber die Messwerte nach Durchführung der Aufbereitung im Rahmen der Prozesse der vorliegenden Festlegung weiter an den Lieferanten und, sofern eine Anbindung an ein Smart-Meter-Gateway vorliegt, auch an den Messstellenbetreiber zu übermitteln.

Messwerte, die für die Abrechnungen des Netzbetreibers keine Verwendung finden, können dem Netzbetreiber optional übersandt werden. In diesem Fall hat der Netzbetreiber mit den übersandten Messwerten entsprechend dem vorstehenden Absatz zu verfahren.

Bei Messeinrichtungen mit Mengenumwerter sind, soweit erforderlich, u.a. zu übermitteln: Normvolumen, Brennwert, Energiemenge.

Bei Messeinrichtungen ohne Mengenumwertung sind, soweit erforderlich, u.a. zu übermitteln: Betriebsvolumen, Zustandszahl, Brennwert, Energiemenge.

Soweit die Erhebung von Messwerten auf der Grundlage und im Einklang mit der vorliegenden Festlegung durch den Netzbetreiber ausgelöst wird, ist das DVGW Arbeitsblatt G 685 in der jeweils geltenden Fassung zu berücksichtigen.

1.1.3. Bestimmung des Ableseturnus im Verhältnis Netzbetreiber – Lieferant

Sofern im Verhältnis zwischen Netzbetreiber und Lieferant keine anderweitigen Bestimmungen getroffen sind, legt der Netzbetreiber den allgemeinen Ableseturnus für die Durchführung der Messung zur Bestimmung der Netzentgelte fest.

D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten

Will der Lieferant von seinem Recht zur Bestimmung eines davon abweichenden Ableseturnus Gebrauch machen, so hat er dem Netzbetreiber dies rechtzeitig mitzuteilen. Neben vertraglichen Vereinbarungen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen können sich derartige Rechte im Bereich der Grundversorgung insbesondere aus den Regelungen der GasNZV oder bei sonstigen Lieferverhältnissen aus § 40 Abs. 2 Satz 2 EnWG i. V. m. entsprechenden Gesetzes- und verordnungsrechtlichen Konkretisierungen ergeben. Dem Lieferanten fällt das Bestimmungsrecht für den Ableseturnus zu, wenn er mit seinem Kunden eine monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnung gemäß § 40 Abs. 3 Satz 2 EnWG vereinbart. Möchte der Lieferant schon bei der Anmeldung einer Marktlotation zur Belieferung einen eigenen Ableseturnus vorgeben, so teilt er dies dem Netzbetreiber im Rahmen der Anmeldung gemäß den jeweiligen Prozessen der vorliegenden Festlegung mit. Möchte er den Ableseturnus für die turnusmäßige Messung gegenüber dem Netzbetreiber erst später nach Aufnahme der Belieferung ändern, so erfolgt dies nach Maßgabe des Prozesses „Stammdatenänderung“.

Die Vorgabe des Ableseturnus durch den Lieferanten gegenüber dem Netzbetreiber betrifft nur den Ablesezyklus (zeitlicher Abstand zwischen den Turnusablesungen), nicht aber die Ablesetermine selbst. Den Ablesetermin legt der Netzbetreiber fest.

1.1.4. Bestimmung des Ableseturnus im Verhältnis MSB - NB (bei Messeinrichtungen)

Der Netzbetreiber teilt dem Messstellenbetreiber die im Verhältnis zum Lieferanten geltenden Vorgaben zum Ableseturnus mit, außerdem die vom Netzbetreiber festgelegten Sollablesetermine. Bei Neuordnung eines Messstellenbetreibers zu einer einzelnen Messlokation geschieht dies bei Beginn des Messstellenbetriebs. Ändert sich der geltende Ableseturnus und die sich daraus ergebenden Sollablesetermine erst später, so gibt der Netzbetreiber diese Information im Rahmen einer Stammdatenänderung an den Messstellenbetreiber für alle Messlokationen einer Marktlotation weiter.

1.2. Messwertübermittlung

1.2.1. Übermittlungskonstellationen

Aus den vorstehenden Grundsätzen ergeben sich folgende mögliche Verfahrensweisen in Bezug auf Messwerte:

1. Zweistufige Anforderung / Bereitstellung von Messwerten:

Es ist aufgrund eines GeLi Gas-Ereignisses (z. B. Lieferantenwechsel) die außerturnusmäßige Übermittlung eines Messwertes an den Lieferanten erforderlich oder der Lieferant gibt im Rahmen der GeLi Gas-Prozesse gegenüber dem Netzbetreiber einen geänderten Ableseturnus vor. Der Netzbetreiber teilt dem MSB mittels entweder das Erfordernis einer außerturnusmäßigen Ablesung oder den geänderten Ableseturnus nebst den dazugehörenden Sollablesetermine mit. Nach Erhebung der Messwerte erfolgt beim Netzbetreiber die Aufbereitung und im Anschluss die Weitergabe der Messwerte an den Lieferanten und bei Anbindung einer neuen Messeinrichtung an ein Smart-Meter-Gateway sowie im Fall von Messwertänderungen auch an den MSB.

2. Direkte Anforderung und Übermittlung von Messwerten mit optionaler Aufbereitung:

Denkbar ist auch die unmittelbare bilaterale Vereinbarung zwischen dem Lieferanten und dem für die Messung zuständigen MSB über die Häufigkeit und die Termine von

D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten

Messwerterhebungen (etwa weil Lieferanten und MSB ein abgestimmtes Bündelprodukt aus Energielieferung und Messstellenbetrieb anbieten). In diesem Fall ändert sich nichts an den von Netzbetreiber vorgegebenen Sollableseterminen und den auf diesen bezogenen Ableseturnus. In diesem Fall bleibt es grundsätzlich dem MSB überlassen, ob er die selbst erhobenen Messwerte im Anschluss direkt an den Lieferanten und den Netzbetreiber übermittelt oder ob er diese ausschließlich dem Netzbetreiber zur Aufbereitung und zur Weiterleitung an den Lieferanten schickt. Eine Übermittlung an den Netzbetreiber zum Zweck der Aufbereitung und Weiterleitung ist nur dort erforderlich, wo die betreffenden Messwerte auch für Abrechnungen des Netzbetreibers relevant sind. In allen Fällen, in denen der MSB die Messwerte an den Netzbetreiber übermittelt, erfolgt die Aufbereitung und Weiterleitung durch den Netzbetreiber wie unter 1.

3. Unmittelbare Erhebung von Messwerten durch den Lieferanten:

Schließlich hat der Lieferant die Möglichkeit, Messwerte unmittelbar durch oder beim Endkunden zu erheben, sofern diese unmittelbar für eigene Zwecke (z. B. Zwischenabrechnung des Endkunden wegen Preisänderung des Lieferanten) verwendet werden sollen. Der Netzbetreiber ist nach Zugang der Messwerte verpflichtet, für die entsprechende Zeitspanne die abrechnungsrelevanten Daten (insbes. Abrechnungsbrennwert und Zustandszahl) zur Verfügung zu stellen.

1.2.2. Erforderliche Messwerte, die vom Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber zu übermitteln sind

Der MSB übermittelt dem Netzbetreiber die Messwerte auf Ebene der Messlokation.

Turnus- bzw. regelmäßige Messwertübermittlung

1. Messeinrichtung mit SLP

Der erforderliche Zählerstand für das Datum der Turnusablesung bzw. für den Zeitraum in dem die Turnusablesung stattfinden soll, ist an den Netzbetreiber unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 10. WT nach dem Turnusablesetermin; zu übermitteln. Neben dem Zählerstand sind mindestens auch die folgenden Daten zu übermitteln: Abrechnungsbrennwert, Zustandszahl

2. Messeinrichtung mit RLM

Die Übermittlung des Lastgangs für das Datum der regelmäßigen Ablesung erfolgt unverzüglich nach der stündlichen Erhebung der Messwerte im Stundentakt.

3. An ein Smart-Meter-Gateway (Strom) angebundene neue Messeinrichtung

Die Übermittlung des Zählerstands-/Lastgangs erfolgt für den Fall, dass der Letztverbraucher dies verlangt und die Voraussetzungen gem. § 58 Abs. 4 MsbG vorliegen, unverzüglich nach der stündlichen Erhebung der Messwerte im Stundentakt. Dies gilt grundsätzlich unabhängig von der abnahmebedingten bzw. bilanziellen Zuordnung der Marktllokation.

Außerturnusmäßige Messwertübermittlung

Der Teilprozess „Außerturnusmäßige Messwertübermittlungen“ beschreibt die für Messlokationen vom Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber zu übermittelnden Messwerte in den jeweils einzuhaltenden Fristen. Auslöser sind nachfolgende Prozesse: Beginn und Ende der Belieferung und der Ersatz- und Grundversorgung, Zwischenablesungen und der Wechsel von Messeinrichtungen und Tarifierungen (TAF-Wechsel). Die Übermittlung auslösende Ereignisse sind die Bestätigung einer An- oder Abmeldung bzw. Abmeldungsanfrage. Auslösende Aktionen für eine Zwischenabrechnung können u.a. eine Netznutzungsabrechnung, eine Anpassung von Umlagen und die Komplexitätsänderung der Marktllokation sein. Der Gerätewechsel ist zuvor per Stammdatenänderung durch den Netzbetreiber beim Lieferanten anzuzeigen. Der Zeitstempel der Zählerstandserfassung bei einem Gerätewechsel ist mindestens stundengenau anzugeben.

Für die Übermittlungsfristen gilt Folgendes:

Bei Bestätigung einer An- oder Abmeldung bzw. einer Abmeldungsanfrage ist die Übermittlung des erforderlichen Zählerstands bei SLP-Entnahmen für das bestätigte An- bzw. Abmeldedatum an den jeweiligen Neu- bzw. Altlieferanten jeweils unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 10. WT nach dem bestätigten An- bzw. Abmeldedatum durch den Netzbetreiber vorzunehmen. Diese Frist gilt auch für die Übermittlung des erforderlichen Zählerstands für das Datum einer Zwischenablesung sowie bei der Übermittlung des erforderlichen Zählerstands vom aus- bzw. eingebauten Gerät zum Datum des Geräte- oder eines Tarifwechsels.

Für Verbräuche mit RLM und an ein Smart-Meter-Gateway (Strom) angebundene neue Messeinrichtung ist spätestens bis zum Ablauf des 1. WT nach An- bzw. Abmeldedatum eine Übermittlung vorzunehmen. Zusätzliche RLM-Zählerstände sind dabei nur dann zu vorzunehmen, wenn das erforderlich ist. Bei Zwischenablesungen erfolgt die Übermittlung unverzüglich nach der Auslesung der Messwerte. Bei Geräte- oder Tarifwechsel erfolgt die Übermittlung von Messwerten unverzüglich.

Einzelheiten der Abwicklung einer Anforderung:

Außerturnusmäßige Messwernerhebungen werden durch den Netzbetreiber gegenüber dem Messstellenbetreiber angestoßen. Hierbei teilt der Netzbetreiber den Auslöser der außerturnusmäßigen Messwernerhebung mit. Die auslösenden Prozesse für die Ablesegründe sind im Unterkapitel „Außerturnusmäßige Messwertübermittlung“ im Kapitel „Erforderliche Messwerte, vom Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber zu übermitteln sind“ aufgeführt. Der Netzbetreiber teilt dem Messstellenbetreiber einen Sollablesetermin mit. Der Sollablesetermin ist der Tag, an dem der jeweilige Zählwert aus der Messeinrichtung ausgelesen werden soll. Der Messstellenbetreiber hat den vorliegenden Prozess hinsichtlich aller Messwertanforderungen vollständig durchzuführen und abzuschließen, hinsichtlich derer ihm die Messlokation zu dem vom Netzbetreiber vorgegebenen Sollablesetermin zugeordnet ist. Ein Wechsel in der Zuordnung der Messlokation nach dem Sollablesetermin aber noch vor Übermittlung der Messwerte ist insofern irrelevant. Der Sollablesetermin muss in der Zukunft liegen. Der Messstellenbetreiber prüft unverzüglich die eingegangene Anforderung zur Bereitstellung von Messwerten.

Sofern der Messstellenbetreiber die Anforderung des Netzbetreibers zur Bereitstellung von Messwerten ablehnt, teilt er diesem den Grund der Ablehnung mit. Mögliche Ablehnungsgründe sind insbesondere: eine Berechtigung zur Beauftragung ist nicht gegeben oder das Vorliegen eines unzulässigen Sollablesetermins. Die Ablehnung erfolgt unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 2. WT nach Eingang der Anforderung. Ist die Anforderung

D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten

derung berechtigt, führt der Messstellenbetreiber die Messung zum Soll-/Turnusablesetermin und nachfolgend die Messwertübermittlung durch (siehe Kapitel „Erhebung von Messwerten“ bzw. „Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten“).

1.2.3. Kurzbeschreibung Prozess Weiterleitung von Messwerten

Der Prozess beschreibt die Interaktion zwischen den Marktbeteiligten betreffend die Bereitstellung von turnusmäßigen bzw. regelmäßigen erfassten Messwerten durch den Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber sowie durch den Netzbetreiber an den Lieferanten sowie zu Einzelheiten der Anforderung von außerturnusmäßiger Erfassung von Messwerten durch den Netzbetreiber beim Messstellenbetreiber und deren Bereitstellung siehe Kapitel „Außerturnusmäßige Messwertenübermittlung“.

1.2.3.1 Detaillierte Beschreibung

Der Messstellenbetreiber übermittelt die von ihm erhobenen Messwerte aus der Messlokation an den Netzbetreiber zum Zweck der weiteren Aufbereitung (Plausibilisierung, Ersatzwertbildung, Archivierung) sowie der anschließenden Weiterleitung an den Lieferanten. Bei Anbindung einer neuen Messeinrichtung an ein Smart-Meter-Gateway erfolgt die Weiterleitung der aufbereiteten Messwerte durch den Netzbetreiber zusätzlich immer auch an den Messstellenbetreiber. Mit dem Messwert sind auch Datum und Zeitpunkt der Auslesung zu übermitteln. Der Messstellenbetreiber hat darüber hinaus auch die Möglichkeit, dem Netzbetreiber weitere Zählerstände zu übermitteln, die weder auf einen vom Netzbetreiber benannten Turnusablesetermin noch auf eine vom Netzbetreiber angeforderte außerturnusmäßige Messwerterhebung zurückgehen. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, diese Werte in gleicher Weise entgegenzunehmen und gemäß dem weiteren Vorgehen weiterzuverarbeiten. Dies stellt keine vom Netzbetreiber gesondert abrechenbare Leistung dar. Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, insgesamt mehr als 12 -Zählerstände pro Jahr und Marktklokation in dieser Form entgegenzunehmen und weiterzuverarbeiten.

Nach Eingang der vom Messstellenbetreiber übermittelten Messwerte führt der Netzbetreiber unverzüglich eine Aufbereitung durch. Diese umfasst regelmäßig Plausibilisierung, ggf. Ersatzwertbildung und Archivierung. Kommt es hierbei zu Veränderungen der ursprünglichen Messwerte, so sind die betroffenen Werte in geeigneter Weise mit Zusatzinformationen zu versehen, die den Grund der Veränderung erkennen lassen. Wurden dem Netzbetreiber von Seiten des Messstellenbetreibers keine Messwerte oder Vorschlagswerte übermittelt, so ist der Netzbetreiber berechtigt und verpflichtet, Ersatzwerte für die fehlenden Werte zu bilden. Haben sich anlässlich der Aufbereitung der Messwerte beim Netzbetreiber Veränderungen an den Messwerten der Messlokation ergeben, so sind die vom Netzbetreiber gebildeten Ersatzwerte an den Messstellenbetreiber zu übermitteln. Die Übermittlungspflicht bezieht sich nicht nur auf die Ersatzwerte, sondern auf den vollständigen Datensatz. Haben sich anlässlich der Aufbereitung der Messwerte beim Netzbetreiber Veränderungen an den Messwerten der Messlokation ergeben, so sind die vom Netzbetreiber gebildeten Ersatzwerte unverzüglich, spätestens jedoch 1 WT nach Aufbereitung durch Netzbetreiber an den Messstellenbetreiber zu übermitteln. Die Übermittlungspflicht bezieht sich nicht nur auf die Ersatzwerte, sondern auf den vollständigen Datensatz. Der Netzbetreiber aggregiert nachfolgend unverzüglich die Messwerte der Messlokation bzw. der Messlokationen der Marktklokation für den Versand an den Lieferanten sofern möglich und erforderlich.

Die Übermittlung der Messwerte der Marktklokation vom Netzbetreiber an den Lieferanten und bei Anbindung an ein Smart-Meter-Gateway auch an den Messstellenbetreiber erfolgt gemäß Inhalt und Fristen des Kapitels „Erforderliche Messwerte, die vom Netzbetreiber an den Lieferanten zu übermitteln sind“.

1.2.4. Erforderliche Messwerte, die vom Netzbetreiber an den Lieferanten zu übermitteln sind

Der Netzbetreiber übermittelt dem Lieferanten die Messwerte auf Ebene der Marktllokation.

Für eine regelmäßige Ablesung einer Messeinrichtung mit RLM erfolgt die Übermittlung des Zählerstands-/Lastgangs sowie ggf. weiterer abrechnungsrelevanter Werte für das Datum der regelmäßigen Ablesung an den Lieferanten unverzüglich nach der stündlichen Erhebung der Messwerte im Stundentakt. Gleiches gilt für eine an ein Smart-Meter-Gateway (Strom) angebundene neue Messeinrichtung. Für diese neuen Messeinrichtungen hat der Netzbetreiber zudem die Messwerte auch an den Messstellenbetreiber zu übermitteln.

Für die prozess- oder ereignisbezogenen Beschreibungen ist eine Differenzierung zwischen „rechnerisch“ durch den Netzbetreiber und „nicht rechnerisch“ ermittelten Messwerten erforderlich.

Nicht rechnerisch ermittelte Messwerte:

Für die Ermittlung der Messwerte der Marktllokation ist keine rechnerische Umwandlung der Messwerte der Messlokation durch den Netzbetreiber erforderlich, sofern die Messwerte der Marktllokation 1 zu 1 den Messwerten der Messlokation, die vom Messstellenbetreiber übermittelt wurden, entsprechen. (Messwert der Marktllokation ist gleich dem Messwert der Messlokation oder Lastgang der Marktllokation ist gleich dem Lastgang der Messlokation). Die Umrechnung von Kubikmeter in kWh durch die Hinzunahme von Brennwert und Zustandszahl fällt im Sinne dieser Beschreibung nicht unter rechnerisch ermittelte Messwerte, sondern stellt einen integralen Bestandteil jeder Messwertbildung dar.

Für eine Turnusablesung bei Messeinrichtungen mit SLP sind der erforderliche Zählerstand für das Datum der Turnusablesung bzw. für den Zeitraum, in dem die Turnusablesung stattfinden soll, sowie ggf. weitere abrechnungsrelevante Werte unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 28. Kalendertages nach Sollablesetermin an den Lieferanten zu übermitteln.

Für außerturnusmäßige Messwertübermittlungen sind für die unter Kapitel „Außerturnusmäßige Messwertübermittlungen“ genannten An- bzw. Abmeldungen, Zwischenablesungen, Geräte- und Tarifwechsel jeweils die Übermittlung des Zählerstands sowie ggf. weiterer abrechnungsrelevanter Werte bei Messeinrichtungen mit SLP unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 28. Tages nach dem bestätigten An- bzw. Abmeldedatum bzw. dem Datum der beauftragten Messwerterhebung oder nach dem Datum der des Geräte- oder Tarifwechsels an den Lieferanten zu übermitteln.

Bei einer Messeinrichtung mit RLM ist eine Übermittlung bis spätestens zum Ablauf des 1. WT des jeweiligen An- oder Abmeldedatum oder unverzüglich nach der Auslesung der Zwischenablesung bzw. dem Geräte- bzw. Tarifwechsel vorzunehmen.

Rechnerisch ermittelte Messwerte:

Für die Ermittlung der Messwerte der Marktllokation ist eine rechnerische Umwandlung der Messwerte der Messlokation (bzw. der Messlokationen der Marktllokation) durch den Netzbetreiber erforderlich. Beispiel für eine solche rechnerische Umwandlung ist z.B. die Ermittlung der gesamten an einer aus mehreren Messlokationen bestehenden Marktllokation gelieferten Energie, durch Berücksichtigung der Energiemengen aller zur Marktllokation gehörigen Messlokationen. Im Ergebnis entspricht der Messwert der Marktllokation nicht dem Messwert der einzelnen Messlokation(en), die vom Messstellenbetreiber an den Netzbetreiber übermittelt wurde. Vielmehr ergibt er sich aus einer den Vorgaben des Eichrechts entsprechenden Aggregation der Messwerte der Messlokationen innerhalb der Marktllokation. (Messwert der

D. Annexprozesse beim Wechsel des Lieferanten

Marktllokation ist kleiner oder größer als der Messwert der Messlokation oder Lastgang der Marktllokation kleiner oder größer des Lastgangs der Messlokation). Eine rechnerische Ermittlung von Messwerten ist nur im Rahmen der Vorgaben des Eichrechts zulässig. Diese sind nicht Gegenstand der vorliegenden Festlegung.

Für die Turnusablesung bei Messeinrichtung mit SLP sind die ermittelte Energiemenge seit der letzten Turnusübermittlung bis zum Datum der Turnusablesung bzw. Zeitraum in der die Turnusablesung stattfinden soll sowie ggf. weitere abrechnungsrelevante Werte an den Lieferanten zu übermitteln.

Für außerturnusmäßige Messwertübermittlungen sind für die unter Kapitel „Außerturnusmäßige Messwertübermittlungen“ genannten An- bzw. Abmeldungen, Zwischenablesungen, Geräte- und Tarifwechsel jeweils die Übermittlung des Zählerstands sowie ggf. weiterer abrechnungsrelevanter Werte bei Messeinrichtungen mit SLP unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 28. Tages nach dem Ende des Betrachtungszeitraums bzw. dem Datum der beauftragten Messwerterhebung bzw. nach dem Datum der des Geräte- oder Tarifwechsels an den Lieferanten vorzunehmen. Bei Messeinrichtungen mit RLM ist eine Übermittlung bis spätestens bis zum Ablauf des 1. WT des jeweiligen An- oder Abmeldedatum vorzunehmen. Bei einer Zwischenablesung ist die Übermittlung unverzüglich nach der Auslesung der bzw. dem Geräte- bzw. Tarifwechsel vorzunehmen.

1.3. Anforderung von Brennwert und Zustandszahl

Unabhängig von den vorstehend aufgeführten Ereignissen hat der Lieferant außerdem die Möglichkeit, vom Netzbetreiber die Übermittlung der Abrechnungsbrennwerte und der Zustandszahl für eine anzugebende Zeitspanne isoliert anzufordern. Dies ersetzt nicht die Übermittlung von abrechnungsrelevanten Daten im Rahmen der Prozesse oder durch sonstige vereinbarte Ablesungen durch den Netzbetreiber, sondern dient lediglich einer verbindlichen Abfrage des Abrechnungsbrennwertes und der Zustandszahl zu einem zugehörigen Gültigkeitszeitraum. Für die Anfrage zur Übermittlung von Abrechnungsbrennwert und Zustandszahl für eine in der Vergangenheit liegende Zeitspanne gibt der Lieferant gegenüber dem Netzbetreiber insbesondere die betreffende Marktllokation bzw. Messlokation, die Zeitspanne und optional den aktuell vom Lieferanten ermittelten Zählerstand an. Die Anfrage kann bis 12 Monate nach dem letzten Tag der betreffenden Zeitspanne erfolgen. Spätestens 10 WT nach Eingang der Anfrage des LF, aber nicht vor dem 10 WT des Monats der auf den Monat folgt, in den das Ende der durch den Lieferanten zuvor mitgeteilten Zeitspanne fällt, übermittelt der Netzbetreiber dem Lieferanten den entsprechenden Abrechnungsbrennwert und Zustandszahl. Der Netzbetreiber ermittelt den Abrechnungsbrennwert unter Zugrundelegung der vom Lieferanten benannten Zeitspanne und übermittelt für genau die angefragte Zeitspanne den Abrechnungsbrennwert und die Zustandszahl an den Lieferanten.

2. Prozess „Stammdatenänderung“

2.1. Kurzbeschreibung

Der Prozess beschreibt die Übermittlung von geänderten Stammdaten sowie die Anfrage zur Stammdatenänderung.

2.2. Detaillierte Beschreibung Stammdatenänderung

Zu einer Markt- oder Messlokation können sich die Stammdaten bzw. die Beziehungen von Stammdaten zueinander ändern. Die geänderten Informationen werden über die Stammdatenänderungsmeldungen den der Markt- bzw. Messlokation zugeordneten Rollen elektronisch zur Verfügung gestellt, mit dem Ziel, dass alle einer Markt- bzw. Messlokation zugeordneten Markttrollen zu jedem Zeitpunkt über die identischen Informationen zu der Markt- bzw. Messlokation verfügen.

Für jedes einzelne in der Marktkommunikation ausgetauschte Stammdatums gibt es genau einen Verantwortlichen und mindestens einen Berechtigten. Zudem gibt es einen Verteiler, der die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, dass allen berechtigten Marktakteuren zum gleichen Zeitpunkt die korrekten Stammdaten zur Verfügung stehen. Der Verteiler nimmt je nach Prozess auch die Funktion eines Verantwortlichen oder Berechtigten ein. Nachfolgend werden diese drei Funktionen definiert:

Berechtigter:

Ein berechtigter Marktpartner wird durch den Verteiler immer bei Änderung eines Stammdatums informiert.

Kommt ein berechtigter Marktpartner an Informationen über geänderte Stammdaten, die er nicht vom Verantwortlichen ggf. über den Verteiler erhalten hat, ist er verpflichtet, diese Informationen über den Verteiler dem Verantwortlichen zur Plausibilisierung mitzuteilen. Er beantwortet die Anfrage unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 10. WT nach Eingang der Nachricht vom Verteiler.

Verantwortlicher:

Der Verantwortliche ist derjenige Marktpartner, der gemäß Stammdatenmodell der Letztentscheider über die Richtigkeit des Stammdatums entscheidet. Der für das Stammdatums verantwortliche Marktpartner ist verpflichtet bei Änderung des Stammdatums, dies unverzüglich nach bekannt werden an den Verteiler zu senden. Zudem ist der Verantwortliche verpflichtet vom Berechtigten (ggf. über den Verteiler) an ihn gesendete Anfragen zu prüfen und unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 10. WT nach Eingang der Nachricht fachlich zu beantworten. Unabhängig vom Prüfungsergebnis werden in der Antwort immer die korrekten Inhalte zu den angefragten Stammdaten, die zum ursprünglich mitgegebenen Änderungszeitpunkt der Nachricht Gültigkeit haben, übermittelt.

Verteiler:

Der Verteiler ist verantwortlich den Informationsaustausch zwischen den Berechtigten und dem Verantwortlichen sicher zu stellen. Die Funktion des Verteilers liegt immer beim Netzbetreiber. Der Verteiler ist für ein Stammdatums entweder auch Berechtigter oder auch Verantwortlicher. Die Weiterleitung einer Änderungsmeldung an den Berechtigten erfolgt unverzüglich nach Eingang der Änderungsmeldung vom Verantwortlichen. Der Verteiler antwortet unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 10. WT nach Eingang der Nachricht dem Verantwortlichen, dass er die Nachricht an den Berechtigten weitergeleitet hat.

Der für die jeweiligen Stammdaten Verantwortliche übermittelt die Änderung der Stammdaten an die Berechtigten, falls nötig unter Nutzung des Verteilers. Die Änderung der Stammdaten wird durch den Berechtigten bestätigt. Die Definitionen für welches Stammdatum welche Rolle verantwortlich und welche Rolle berechtigt ist, muss der jeweiligen Spezifikation des EDI@Energy-Dokuments entnommen werden. Grundsätzlich können der Netzbetreiber, der Messstellenbetreiber und der Lieferant die jeweilige Rolle einnehmen. Bilanzierungsrelevante Stammdaten können nur für die Zukunft unter Einhaltung der vorgegebenen Frist geändert werden. Nicht bilanzierungsrelevante Stammdaten können sowohl für die Zukunft, als auch für die Vergangenheit geändert werden.

Werden Stammdaten für die Vergangenheit oder für die Zukunft geändert, sind alle Marktteilnehmer, die zum Zeitpunkt der Änderung der Markt- oder Messlokation zugeordnet waren, über diese Veränderung zu informieren, ebenso wie alle Marktteilnehmer, die zu einem späteren Zeitpunkt als dem, zu dem sich das Stammdatum geändert hat, dieser Markt- bzw. Messlokation zugeordnet sind.

Eine Stammdatenänderung wird verwendet

- für die Änderung von Stammdaten einer Marktllokation,
- für die Änderung von Stammdaten einer Messlokation,
- für die Änderung von Stammdaten für weitere eindeutig identifizierbare Rollen, Gebiete und Objekte sowie
- für die Änderung der Beziehungen zwischen Rollen, Gebieten und Objekten (z. B. zwischen Messlokation und Marktllokation).

Wird eine Stammdatenänderung von einem Verantwortlichen versendet, werden die enthaltenen Stammdaten ab dem genannten Änderungsdatum bei den Berechtigten verwendet. Eine Abgrenzung der zeitlichen Auswirkung ist vorzunehmen, wenn in der Zukunft bereits ein Wechsel des Verantwortlichen vorliegt. Eine zeitliche Befristung einer Änderung, die vor dem Zeitpunkt endet, zu dem die Zuordnung des Verantwortlichen zur Markt- oder Messlokation endet, erfolgt durch eine weitere Stammdatenänderung mit dem Änderungsdatum zu dem die Gültigkeit des vorgenannten Stammdatums enden soll. Bilanzierungsrelevante Änderungen können jeweils nur zum Beginn eines Monats mit einer Frist von einem Monat vorgenommen werden.

2.3. Anfrage zur Stammdatenänderung

Der Prozess beschreibt die Übermittlungsprozesse von Stammdaten durch einen Berechtigten zum Verantwortlichen der Stammdaten.

Dem Berechtigten liegt für ein Stammdatum ein neuer Wert vor. Diesen übermittelt er in Form einer Anfrage zur Stammdatenänderung an den für das Stammdatum Verantwortlichen, ggf. über den Verteiler, wenn der Verteiler nicht der Berechtigte ist. Nach Prüfung durch den Verantwortlichen beantwortet dieser die Anfrage zur Stammdatenänderung, ggf. über den Verteiler, wenn der Verantwortliche nicht der Verteiler ist.

Die Definitionen der Verantwortlichen und Berechtigten der jeweiligen Stammdaten sind den Spezifikationen des EDI@Energy-Dokuments zur Stammdatenänderung zu entnehmen. Grundsätzlich können der Netzbetreiber, der Messstellenbetreiber und der Lieferant die jeweilige Rolle einnehmen. Abweichend vom grundsätzlichen Fristregime der Stammdatenänderung gilt im Fall einer Anfrage zur Stammdatenänderung vom Messstellenbetreiber an den Lieferanten als Verantwortlichen oder vom Lieferanten an den Messstellenbetreiber als Verantwortlichen, dass die Weiterleitung durch den Verteiler unverzüglich nach Eingang der Anfrage, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 1. WT zu erfolgen hat. Die Beantwortung der Anfrage an den Verteiler erfolgt unverzüglich, jedoch spätestens bis

zum Ablauf des 8. WT nach Eingang der Nachricht, woraufhin dieser wiederum unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf des 10. WT nach Eingang dieser Antwort diese dem ursprünglich Anfragenden übermittelt.

3. Prozess „Geschäftsdatenanfrage“

3.1. Kurzbeschreibung

Der Prozess beschreibt die Anfrage von Geschäftsdaten zu einer Markt- oder Messlokation zwischen dem Netzbetreiber und einem weiteren Marktbeteiligten in seiner Marktrolle.

3.2. Detaillierte Beschreibung

Im Rahmen einer Geschäftsdatenanfrage können entweder Stammdaten für den Zeitpunkt der Anfrage oder Messwerte für einen Zeitpunkt oder einen Zeitraum angefragt werden. Der Prozess kann auch verwendet werden, wenn der Messstellenbetreiber Strom im Fall der Installation eines Smart-Meter-Gateways (Strom) beim Netzbetreiber Gas anfragen möchte, ob an einer Marktllokation bereits eine neue Messeinrichtung Gas verbaut ist. Wenn eine neue Messeinrichtung Gas verbaut ist, nennt der Netzbetreiber dem anfragenden Messstellenbetreiber den verantwortlichen Messstellenbetreiber für die neue Messeinrichtung Gas.

Der Anfragende, z.B. Lieferant, Messstellenbetreiber, stellt eine Geschäftsdatenanfrage an den Netzbetreiber. Der Netzbetreiber prüft die Anfrage. Im Falle einer berechtigten Anfrage und einer erfolgreichen Identifikation der Markt- oder Messlokation übermittelt der Netzbetreiber dem Anfragenden die angefragten Informationen. Andernfalls übersendet der Netzbetreiber dem Anfragenden eine Ablehnung der Geschäftsdatenanfrage. Der Datenaustausch im Rahmen der Geschäftsprozesse Lieferbeginn und Lieferende bleibt von der Möglichkeit, diese Daten über den Prozess Geschäftsdatenanfrage im Vorfeld des Lieferbeginns anzufragen, unberührt. Eine Anfrage bedingt, dass der Anfragende im gesamten angefragten Zeitraum bzw. zum Zeitpunkt der Anfrage der Markt- oder der Messlokation zugeordnet oder anderweitig berechtigt ist, die angefragten Daten zu erhalten. Ist der Anfragende der Markt- oder der Messlokation nicht im gesamten angefragten Zeitraum zugeordnet oder gesetzlich berechtigt, muss er eine gültige Vollmacht zum Erhalt der angefragten Informationen innehaben. Sofern die Voraussetzungen einer Anfrage vorliegen, hat der Netzbetreiber die Anfrage unverzüglich, jedoch spätestens bis zum Ablauf des 5. WT nach Eingang der Geschäftsdatenanfrage diese zu beantworten und die vorhandenen Informationen zu übermitteln

4. Prozess „Netznutzungsabrechnung“

Der Prozess „Netznutzungsabrechnung“ beschreibt den Datenaustausch bei der Abrechnung der Netznutzung. Er umfasst auch den Datenaustausch bei Reklamationen.

Im Reklamationsfall kommt das sog. Alles-oder-Nichts-Prinzip zur Anwendung, nach dem eine einzelne Netznutzungsabrechnung innerhalb einer entsprechenden Übertragungsdatei, die mehrere Rechnungen enthalten kann, entweder vollumfänglich als richtig akzeptiert oder vollumfänglich abgelehnt wird. Eine Rechnungskorrektur umfasst immer eine Stornorechnung und eine neue Rechnung. Sowohl die stornierte(n), als auch die erneut erstellte(n) Netznutzungsabrechnung(en) werden zu einer Datei zusammengefasst.

Die im Konfliktfall abzuwickelnden Prozesse im Rahmen des Forderungsmanagements bzw. Mahnablaufs werden hier nicht dargestellt.

Umsatzsteuernachweise sind im Rahmen des Prozesses „Netznutzungsabrechnung“ elektronisch zu übermitteln. Soweit aus steuerrechtlichen oder sonstigen Gründen ein Umsatzsteuernachweis ergänzend in anderer Form übermittelt werden muss, steht der nachfolgende Prozess dem nicht entgegen.

4.1. Kurzbeschreibung

Die Abrechnung der Netznutzung erfolgt durch den Netzbetreiber gegenüber dem Lieferanten. Diese umfasst Abschlags-, Turnus-, Zwischen- und Schlussrechnungen.

4.2. Detaillierte Beschreibung

Der Netzbetreiber übermittelt vor der Abrechnung der Netznutzung die Messwerte oder andere abrechnungs- oder bilanzierungsrelevanter Daten an den Lieferanten. Inhalt und Umfang der zu übertragenden Messwerte und Daten ergeben sich aus dem Prozess „Aufbereitung und Weiterleitung von Messwerten“ (Abschnitt 1.). Die Übermittlung der Messwerte sowie aller abrechnungsrelevanten Daten (insbesondere Abrechnungsbrennwert, Zustandszahl) erfolgt für RLM-Marktlaktionen spätestens M+10 WT. Dies gilt auch dann, wenn ausnahmsweise die Netznutzungsabrechnung nicht innerhalb der nachfolgenden Fristen erstellt werden kann.

Der Netzbetreiber übermittelt unverzüglich, spätestens bis zum Ablauf des 10. WT nach Übermittlung der Messwerte die Netznutzungsabrechnung für den Abrechnungszeitraum an den Lieferanten. Das vom Netzbetreiber vorgegebene Zahlungsziel darf 10 WT nach Empfang der Rechnung nicht unterschreiten. Der Umsatzsteuernachweis ist möglichst gleichzeitig und aggregiert mit eindeutiger Referenz soweit erforderlich zu übermitteln. Mehrere Rechnungen sind zu einer Übertragungsdatei zusammenzufassen und zu übersenden. Der Lieferant prüft die Netznutzungsabrechnung unverzüglich z.B. auf Abweichungen zwischen der Netznutzungsabrechnung und den übermittelten Messwerten die Netznutzungsabrechnung. Der Lieferant bestätigt nach der Prüfung unverzüglich, jedoch spätestens bis zum 10. Werktag nach Eingang der Abrechnung, die Zahlung der Netznutzungsabrechnung in Form eines Zahlungsvises oder lehnt die Zahlung der Netznutzungsrechnung ab. Bestätigungen, die sich auf mehrere Rechnungen beziehen, sind zusammenzufassen. Eine Bestätigungsnachricht wird in einer Datei versandt. Im Falle der

Bestätigung der Zahlung durch den Lieferanten ist der Prozess nach Eingang und Verarbeitung der Zahlung beim Netzbetreiber abgeschlossen. Eine Ablehnung der Zahlung ist durch den Lieferanten in der Ablehnungsnachricht zu begründen. Ablehnungen, die sich auf mehrere Rechnungen beziehen, sind zu einer Ablehnungsnachricht zusammenzufassen. Eine Ablehnungsnachricht wird in einer Datei versandt.

Der Netzbetreiber prüft unverzüglich die Zahlungsablehnung des Lieferanten bzw. ggf. bei ihm eingegangene sonstige abrechnungsrelevante Änderungen. Bei Änderungen, die sich nur geringfügig auf den Rechnungsbetrag auswirken und die im nächsten Abrechnungszeitraum mit dem Lieferanten ausgeglichen werden können, kann in Abstimmung mit dem Lieferanten auf eine Stornierung der Rechnung, Korrektur und Neuabrechnung der betroffenen Marktlokationen verzichtet werden. Bei Ablehnung der Netznutzungsabrechnung durch Lieferanten und Prüfergebnis des Netzbetreibers, dass die ursprüngliche Netznutzungsabrechnung korrekt war, teilt er dies dem Lieferanten mit. Bestehen weiterhin Streitigkeiten über die Netznutzungsabrechnung, sind diese nicht im Rahmen des vorliegenden Prozesses, sondern nach allgemeinem Zivilrecht zu lösen.

Sofern eine Korrektur der Netznutzungsabrechnung infolge der Fehlerhaftigkeit der Abrechnung oder bei nachträglich bekannt gewordenen relevanten Änderungen erforderlich wird, ist eine Stornierung der fehlerhaften Abrechnung an den Lieferanten zu übersenden, eine neue Rechnung durch den Netzbetreiber zu erstellen und an den Lieferanten zu übermitteln. Sofern eine Rechnungskorrektur aufgrund geänderter Messwerte erforderlich wurde, müssen diese geänderten Messwerte dem Lieferanten vor der Versendung der korrigierten Rechnung mitgeteilt worden sein. Der Lieferant prüft unverzüglich die eingegangene neue Rechnung und bestätigt spätestens zum Zahlungsziel der Netznutzungsabrechnung die Zahlung der ursprünglichen bzw. korrigierten Netznutzungsabrechnung in Form eines Zahlungssavises und veranlasst die Zahlung. Im Falle der Bestätigung der Zahlung durch den Lieferanten ist der Prozess nach Eingang und Verarbeitung der Zahlung beim Netzbetreiber abgeschlossen. Eine nach Prüfung durch den Lieferanten ggf. weiterhin bestehende oder nicht begründete Zahlungsablehnung, wird hier nicht weiter betrachtet. Bestehen weiterhin Streitigkeiten über die Netznutzungsabrechnung, sind diese nicht im Rahmen des vorliegenden Prozesses, sondern nach allgemeinem Zivilrecht zu lösen.

5. Grundsätze der Mengenzuordnung („Asynchronmodell zwischen Bilanzierung und Netznutzung“)

Das Mehr-/ Mindermengenmodell regelt die Zuordnung von Gasmengen von einem Altlieferanten zu einem Neulieferanten zum Zwecke der Bilanzierung. Eine solche Zuordnung kann erforderlich werden, weil die Bilanzierung zu bestimmten Stichtagen erfolgt, während sich die tatsächliche Versorgungslage auf der Grundlage anderer Fristigkeiten bestimmt. Daher können Belieferungssituation und bilanzielle Zuordnung auseinanderfallen und müssen im Nachhinein in Einklang gebracht werden. Der Bilanzkreiswechsel findet immer in der Zukunft, d.h. nach Aufnahme der Versorgung, statt. Die bilanzielle Zuordnung der Marktlotation ändert sich für Kunden am nächsten Ersten eines Monats.

Maßgeblich für Bilanzierungsbeginn und Bilanzierungsende ist der Zeitpunkt des Versands der Antwortnachricht auf die Anmeldung.

Nachfolgend erfolgt eine Präzisierung zu den einzelnen Prozessen:

- SLP-Kunden:
- Bilanzierungsbeginn ist immer ein Monatserster
 - Bilanzierungsende ist immer ein Monatsletzter
 - Netznutzungsbeginn und -ende können untermonatlich stattfinden.

1) Prozess Lieferbeginn:

Für Anmeldungen, die bis einschließlich 15. WT bestätigt werden, ist der Bilanzierungsbeginn frühestens der nächste Monatserste.

Für Anmeldungen, die nach dem 15. WT bestätigt werden, ist der Bilanzierungsbeginn frühestens der übernächste Monatserste.

2) Prozess Lieferende

Für Abmeldungen, die bis einschließlich 15. WT bestätigt werden, ist das Bilanzierungsende frühestens der Monatsletzte des aktuellen Monats.

Für Abmeldungen, die nach dem 15. WT bestätigt werden, ist das Bilanzierungsende frühestens der Monatsletzte des folgenden Monats.

Unabhängig von der Zuordnung zu einem Bilanzkreis kann der Beginn der Versorgung einer Marktlotation durch einen Neulieferanten oder die Beendigung der Versorgung durch einen Altlieferanten auch an anderen Tagen als dem Ersten eines Kalendermonats erfolgen. Hieraus kann sich eine Abweichung zwischen der tatsächlichen Versorgung und der bilanziellen Zuordnung ergeben. Die entstehenden Differenzmengen werden nach dem „Mehr-/ Mindermengenmodell“ ausgeglichen. Hieraus ergibt sich, dass es sich nicht um die Verrechnung von Mehr- oder Mindermengen nach § 29 Abs. 5 und 6 GasNZV handelt.

Die folgende Abbildung verdeutlicht das Mehr-/Mindermengenmodell anhand eines Beispiels. Hierbei beliefert der Lieferant A den Letztverbraucher A aus dem Bilanzkreis BK-A. Nach Kündigung des Liefervertrages mit Lieferant A beendet Letztverbraucher A den Gasbezug am 19.01. Die Marktlotation wird aufgrund eines „Leerstandes“ dem Ersatz-/ Grundversorger zugeordnet, der hier mit dem Lieferanten A identisch ist. Während dieser Zeit wird weiterhin Gas entnommen (z.B. durch Maklerbesuche in der leer stehenden Wohnung) in Höhe von 680 kWh. Wenige Tage später, am 09.02., zieht Letztverbraucher B ein und wird durch den Lieferanten B aus dem Bilanzkreis BK-B versorgt. Sowohl An- als auch Abmeldung der Marktlotation werden dem Netzbetreiber durch die Lieferanten rückwirkend gemeldet. Für Lieferant A wird eine Gasmenge für einen Zeitraum bilanziert, in dem die Marktlotation tatsächlich durch den Ersatz-/ Grundversorger bzw. durch Lieferant B versorgt wurde. Diese Mengen werden hier als Mehr- (Bilanzkreis BK-A: 2040 kWh inkl. Ersatz-/ Grundversorgung) bzw. Mindermengen (Bilanzkreis BK-B: 1360 kWh)

bezeichnet. Die Mengen sind im Ergebnis demjenigen Lieferanten bilanziell zuzuordnen, der für den betroffenen Zeitraum tatsächlich die Versorgung der Marktlotation übernommen hat.

